

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 87 SONNTAG, 10. Februar 1933

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Was gelten Pakte mit
Hakenkreuz-Siegel?
Mehr Autos! aber — weniger Brot!
Hitler in USA!
Was wird aus den Saar-
Emigranten?

Das Londoner Abkommen und der verhandlungsbereite Hitler

Die finanziellen und die militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles haben gerade dazu gereicht, die deutsche Republik zugrunde zu richten. Nachdem sie diese Funktion erfüllt haben, sind sie zu nichts mehr nütze. Alle diese Artikel über Reparationen, Okkupationen, Kontrollkommissionen und Sanktionen, die die Staatsmänner der Republik zur Verzweiflung trieben, deren Ausführung Putsche, Aufstände und Attentate hervorrief, sind heute ohne jede Bedeutung. Das gilt ganz besonders für den Teil V des Vertrags, der die Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte enthält. Jetzt haben sich Frankreich und England darauf geeinigt, seine »Abänderung« ins Auge zu fassen. Man kann aber nicht »abändern«, was nicht mehr existiert.

Der Kampf gegen den Vertrag von Versailles ist von allen deutschen Regierungen geführt worden, und immer war es so, daß glückliche Nachfolger ernteten, wo unglückliche Vorgänger gesät hatten.

Wenn unter Brüning die Besetzung verschwand, so war das ein Erfolg Hermann Müllers. Wenn unter Papen der Youngplan außer Kraft gesetzt und eine Schlusszahlung von drei Milliarden vereinbart wurde — die natürlich auch nicht geleistet worden ist — so war das ein Erfolg Brünings. Wenn unter Schleicher die prinzipielle Gleichberechtigung auch auf militärischem Gebiet erreicht wurde, so war das wiederum ein Erfolg aller früheren Regierungen, ganz besonders Hermann Müllers, der im Jahre 1928 in Genf schärfer als irgend ein deutscher Kanzler vor oder nach ihm für Deutschlands Gleichberechtigung eingetreten war.

Der entscheidende Stoß gegen die militärischen Bestimmungen des Vertrags war aber schon viel früher geführt worden, nämlich im Jahre 1925 in Locarno. Damals wurde der entscheidend wichtige vierte Abschnitt außer Kraft gesetzt, der von den Interalliierten Kontrollkommissionen handelt. In der ersten Zeit war es so gewesen, daß Kommissionen von Entente-Offizieren durch ganz Deutschland reisten, überall Untersuchungen anstellten und Anordnungen trafen. Dann kam der Ruhrkrieg, und von da ab waren derartige Kontrollfahrten, die an die Selbstdisziplin des deutschen Volkes die härtesten Anforderungen stellten, nicht mehr möglich. In Locarno vereinbarte man sodann, daß an die Stelle des Kontrollrechts der Entente das sogenannte »Investigationsrecht« des Völkerbundes treten sollte. Untersuchungen waren nur noch vorzunehmen, wenn der Völkerbundrat sie beschloß. Ein Jahr später saß Deutschland selbst im Rat!

Von da ab hing es lediglich vom guten Willen der deutschen Regierungen ab, ob und inwieweit die Bestimmungen des Teils V noch eingehalten wurden. Was das »Investigationsrecht« des Völkerbundes wert ist, hatte man ja im Falle Ungarn gesehen. Lange war dieser kleine Staat dem deutschen Großstaat auf dem Wege der Aufrüstung vorangegangen. Er hatte gleichsam als Versuchskaninchen gedient. Durch ihn war bewiesen, daß das Experiment der vertragswidrigen Aufrüstung keine unmittelbar gefährlichen Folgen hatte.

Frankreich hat jetzt in London eine Formulierung durchgesetzt, die eine Legalisierung des vollendeten Vertragsbruchs vermeidet. Zu einer wirklichen Ausführung

des Vertrags langt es aber längst nicht mehr. Wäre der Vertrag wirklich noch in Kraft, so müßte — man halte sich fest! — das einstmals besetzt gewesene Gebiet einschließlich des Saargebietes schon längst wieder besetzt sein! Das wäre nach dem Wortlaut des Vertrags eine Sanktion, die Deutschland noch nicht einmal als einen »feindseligen Akt« im Sinne des Völkerrechts betrachten dürfte. Ueberflüssig hinzuzufügen, daß kein verantwortlicher Staatsmann der Welt an solchen Wahnsinn denkt. Nicht überflüssig aber ist, daran zu erinnern, daß dieser Wahnsinn in den ersten Jahren nach dem Krieg der deutschen Republik gegenüber geltendes und wirksames Recht war.

Seit Locarno also standen die Bindungen für Deutschland nur noch auf dem Papier. Ob und wie weit man sie hielt, war eine Frage der politischen Opportunität. Die Regierungen vor Hitler wollten wenigstens nicht provozieren. Hitler mußte es, ob er wollte oder nicht — dafür sorgte die Dynamik seiner »Revolution«. Seitdem klirrt Deutschland in Waffen. Und der Vertrag von Versailles? Er ist nicht erst jetzt zerstört worden — er hat sich nur gezeigt, daß er nicht mehr vorhanden ist.

Nun bietet man Hitler Verhandlungen an. Selbstverständlich wird er verhandeln. So lange man verhandelt, kann man weiter rüsten. Scheitern die Verhandlungen, so kann man auch weiter rüsten und führen sie zu einem Ergebnis, so kann man wiederum weiter rüsten. Denn an ein Ergebnis, das eine Einschränkung der Rüstungen mit sich bringt, wird man sich nicht halten. Laßt also die Diplomaten finassieren und die Soldaten exerzieren, so ist es schon immer gewesen, seit die Welt steht, und das Ende war noch immer — der Krieg!

Aber wenn wir Sozialdemokraten von Versailles weg wollten, so deshalb, weil wir zum echten Frieden hin wollten. Dieser echte Frieden war nur zu erreichen durch eine Erneuerung des Geistes im Sinne von Humanität, Demokratie und Sozialismus. Diese Erneuerung ist — gestehen wir es nur — einstweilen gründlich fehlgeschlagen. Deutschland ist in die Barbarei zurückgesunken, und siehe da! —

Aber seien wir uns auch darüber klar: Nach einem mißlungenen Versuch, sich aus der blutigen Vergangenheit zu einem wirklichen Fortschritt zu erheben, ist die Welt in ihre alte Bahn zurückgerollt.

Hitlers Ehrenworte

Was gelten Pakte mit Hakenkreuz-Siegel!

Die europäische Außenpolitik unserer Tage hat Anspruch auf den Titel Politik verwegener Paradoxien. Jeder Großstadt bangt vor dem Angriff eines Nachbarstaates. Er bangt vor der Unzuverlässigkeit bisheriger Bundesgenossen und vor der Tücke von Mächten, die zeitweilig Freunde oder neutrale Zuschauer waren. Um aber vor Tücke, Unzuverlässigkeit, vor Angriffslust und Ueberrumpelung geschützt zu sein, flüchtet Europa zu einem Paktsystem, dessen Wert völlig von dem Abscheu vor Friedensbruch, Ueberfall und Tücke abhängt. Dieser furchtbare Fehlerkreis vollendet sich in verhängnisvollster Weise dadurch, daß alle bedrohten Mächte geradezu versessen sind, sich gegen den zynischen Versucher übernommener Verpflichtungen durch Vertragsabschluß vor der Kriegsentfesselung zu schützen.

Hitler muß in den Völkerbund. Hitler muß den Ostpakt unterschreiben. Hitler muß die Unabhängigkeit Oesterreichs mitgarantieren. Die europäischen Großmächte, gegenüber stipulierten Völkerrechtsvereinbarungen dogmengläubig im Widerspruch zu aller Logik und Erfahrung, tun gerade so, als ob sie etwas Reelles davon haben, wenn Hitler seinen Namen unter ein Schriftstück völkerrechtlichen Charakters setzt.

In Augenblicken kritischer Selbstbesinnung — falls solche bei ihm vorkommen — wird sich Hitler selbst darüber wundern. Er hat es der politisch interessierten Welt in seinem Buch und in seinen Reden dutzendmal gesagt, daß

Ehrenwortbruch und Verrat mitunter patriotische Tugenden

sind und daß Nationalsozialisten ohne Bedenken sich ihrer schuldig zu machen haben. Seine Schuld ist es also wirklich nicht, wenn die Mächte darauf hereinfallen. Sie verhängen über ihn förmlich die Vertrauensinflation. So sollen sie mit den Werten dieser Inflation bezahlt werden.

Buch und Reden Hitlers haben Ehrenwort-

bruch und Verrat programmatisch zur Pflicht gemacht. Seine politische Laufbahn ist von Anfang bis zum einstweiligen Ende die Veranschaulichung dieses Programms. Ein Rückblick verlohnt sich.

Ehrenwort Nr. 1.

Vor Weihnachten 1922 gab es in München eine patriotische Massenversammlung im Hofbräuhaus. Gustav von Kahr sprach als Präsident der »Vaterländischen Verbände«. Ludendorff sprach als verbitterter Kriegsverlierer pro domo. Hitler, damals noch sehr geschmeichelt, mit so hohen Herren als Mitarbeiter verkehren zu dürfen, schimpfte etwas weniger ruppig wie sonst über Marxisten, Juden und Vaterlandsverräter. Die Ansprachen endeten mit einer unendlich kitschigen Nachäffung der Rüttelzene. Kahr, Ludendorff und Hitler gelobten sich mit Handschlag »Treue bis zum Tod«, schwuren Kampf bis zur Zertrümmerung des Versailler Vertrages. Ein knappes Jahr später verriet Kahr den Hitler, Hitler den Kahr. Hinterher kam, vom Konsul Scharer vermittelt, eine Versöhnung zustande. Kahr hielt wenigstens Frieden. Hitler bekämpfte ihn weiter. Am 30. Juni hat er ihn ermorden lassen.

Ehrenwort Nr. 2.

Anfangs November 1923 sah in München vieles nach einem Naziputsch aus. Der bayrische Innenminister Franz Schreyer ließ Hitler kommen und verpflichtete ihn mit Ehrenwort, den Putschplan aufzugeben. Hitler gab sogar sein »heiliges Ehrenwort«. Am 8. November debütierte er als Revolutionsheld im Bürgerbräukeller. Schreyer wurde verhaftet. Als die Seifenblase geplatzt war, wurde er rehabilitiert. Sein Kampf gegen Hitler ist Schreyer schlecht bekommen. Nach Hitlers Machtübernahme wurde seine Korrespondenz überprüft. In einem Briefe an den ehemaligen Ministerpräsidenten Heidegger äußerte er sich über den »ganz schätzbaren Ehrenwortbrocher Hitler«. Er sei im Grunde ein »Ba-

jazzo« und man müsse sich vorsehen, daß dieser »politische Faxenmacher« nicht Deutschland in den Abgrund stürzt. Schreyer kam nach Dachau. Im Konzentrationslager weigerte er sich, seine brieflichen Äußerungen über Hitler zu widerrufen. Was aus Schreyer, einem 70jährigen Greis, wurde, weiß man nicht. Vielleicht erfährt man noch nachträglich, daß seiner Familie die Asche zugesandt wurde.

Ehrenwort Nr. 3.

Im September 1930 schwur Hitler vor dem Reichsgericht den Legalitätseid.

Hitler verpflichtete sich in allen Besprechungen mit Hindenburg, als künftiger Reichskanzler die Verfassung zu respektieren.

Ehrenwort Nr. 4.

Nach der Machtübernahme leistete Hitler den Eid auf die Weimarer Verfassung. Ein paar Monate später rühmte er sich, die Weimarer Verfassung Stein für Stein ausgebrochen zu haben.

Ehrenwort Nr. 5.

Nach dem Reichstagsbrand verkündete Arbeitsminister Seldt am Mikrophon, daß der Herr Reichskanzler Hugenberg mit Ehrenwort zugesagt habe, die deutschnationalen Minister, wie immer auch die Wahl ausfalle, im Amte zu belassen. Einige Wochen später waren Hugenberg und Seldt Strohpuppen im Kabinett Hitler und kurz darauf wurden sie entlassen.

Ehrenwort Nr. 6.

Was den Landseuten recht ist, trügerische Ehrenwörter von Hitler zu erhalten, ist den Außenpolitikern billig. Im Sommer 1933 intervenierten Frankreich, England und Italien wegen der deutschen Propaganda in Oesterreich. Dem italienischen Botschafter sicherte Hitler mit Ehrenwort die Einstellung der Agitation zu. Die Agitation wurde verstärkt. Die Broschürenabwürfe aus deutschen Flugzeugen hörten zwar auf, desto eifriger arbeiteten die deutschen Agenten mit Bom-

ben, mit Bestechung und mit Waffenlieferungen. Der Habicht hetzte toller als bisher am Münchener Rundfunk.

Ehrenwort Nr. 7.

Am 10. Mai 1934 hat Hitler in Venedig Mussolini selbst die Einstellung der Campagne gegen Oesterreich versprochen. Am 25. Juli zeigte Hitler durch das Arrangement des Wiener Putsches, wie er sein Versprechen aufgefaßt hat.

Ehrenwort Nr. 8.

Hitler hat sich verpflichtet, eine amtliche Propaganda für die Saarabstimmung zu unterlassen. Einem Barthou gegenüber. Er berief darauf Saarländer zu Festen in das Reich und schickte Agitatoren aus dem Reich zu Dutzenden in das Saargebiet. Der amtliche Propagandadienst konzentrierte monatelang seine Arbeit auf die Saarabstimmung.

Ehrenwort Nr. 9.

Hitler mußte feierlich auf Terror vor und auf Repressalien nach der Wahl verzichten. Der Terror ist in allen Formen der Zwangsgestaltung ausgeübt worden und vor der Rache der Nazis müssen tausende von Saarländern in die Emigration flüchten.

Hitler erinnert an die Geschichte von einem gewerbmäßigen Zeugen. Als der wieder einmal eine unglaubliche Aussage machte, fragte der Richter ihn, ob er diese Bekundung auch beschwören könne. „Herr Rat“, sagte er, „den Eid möchte ich sehen, den ich nicht beschwören kann!“ Hitler dürfte auch sagen: „Das Ehrenwort möchte ich doch sehen, das ich nicht abgeben kann!“

Die Diplomaten, die jetzt nach neuen Ehrenworten Hitlers schmachten, werden erhört werden!

Ein Futterkrippengesetz

Gemeinde-Zwangsverwaltung durch Parteibuchbeamte.

Zum Abschluß des Jahres 2 der Nazidiktatur wurde das neue, schon oft angekündigte Gesetz über die Reichsgemeindeordnung in Hitlerdeutschland verkündet, von den Machthabern selbst als eines der „Staates“ mit beliebter Großspürigkeit angeführt und serviert. Ein „Grundgesetz“ ist das Machwerk wirklich! Nichts hat nämlich bisher in so leichtvoller, einfach „gründlicher“ Weise den Freiheitscharakter der Nazi-Revolution enthüllt, wie dieses großzügige Alimentierungsgesetz für braune Krippenjäger!

Die Bürokratie hat den März- und Aprilschock von 1933 längst siegreich überstanden und hat, mit der Reichswehr an der Spitze, ihre Positionen gegen die andringenden Lumpenproletarier aus SA, SS und „alten Kämpfern“ der NSDAP luftdicht blockiert und abgeriegelt. In den Kommunen soll jetzt der braunen Beutegemeinschaft zum Fraß hingeworfen werden, was ihnen bei den „Hohelichtsbehörden“ entgangen ist oder immer mehr wieder entrissen wird. Man will den braunen Versorgungspatriotismus dorthin ablenken, wo er zunächst am wenigsten gefährlich erscheint. Anders aber, als offensichtlich die hohe Bürokratie, denkt über den Casus sicherlich das Volk. Ihm ist gerade die Gemeinde das politisch Unmittelbare! In der Kommune, im überschaubaren Bezirk der Heimat- oder Wohngegend, beginnt alle praktische politische Geschichte und Betätigung. Hier vollziehen sich nicht die gloriosen und weiterschütternden Taten, aber hier setzt sich das ganze Mosaik der Arbeit am „gemeinen Wohl“ zusammen, das vielleicht der entscheidendste Teil des menschlichen Nebeneinanders ist, als die „hohe“ und ganz hohe Politik. Das Gesicht der Gemeinde ist das Aushängeschild für das Gepräge und das Schicksal der Nation überhaupt. Kein England als Weltmacht, „ohne sein Self-Government.“

Nicht umsonst gilt der Freiherr vom Stein als einer der besten deutschen Patrioten, der seinem Lande zur napoleonischen Zeit, gerade von den großen nationalen Gesichtspunkten der Befreiung der Heimatde von fremden Eroberer dabei geleitet, die Freiheit der Stadtbürger gab, statt bisheriger Abhängigkeit von Staatsabsolutismus und feudaler Gerechtsame. Die Republik von Weimar durfte stolz darauf sein, daß sie dieses Werk Steins durch die Severing-sche Reform der Landgemeindeordnung in Preußen, die der politischen Autokratie des Gutsherrn ein Ende machte, im selben Geist vollendete. Was macht aus dem Steinschen Prinzip der Selbstregierung und Selbstverantwortung das nationalsozialistische Gesetzesmachwerk? Das wichtigste Organ jeder Selbstverantwortung in der Gemeinde ist die mit entscheidenden Rechten ausgestattete Gemeindeversammlung.

Was wird aus den Saaremigranten?

Eine Frage an den Völkerbund

Von der Grenze, Anfang Februar.

Vor bald drei Wochen begann die Flucht aus dem Saargebiet. Noch ist die Zahl der Emigranten, die sich in ihrer Heimat vergeblich auf den verbrieften Schutz des Völkerbundes gegen den braunen Terror verlassen hatten, nicht zu übersehen; neben der offiziellen Auswanderung, die etwa 5000 Menschen bis zur Stunde umfaßt, erfolgt unaufrichtig eine inoffizielle und unkontrollierbare. Begüterte Juden lösen ihr Geschäft und ihren Hausstand auf und ziehen nach Frankreich oder nach Luxemburg, weil sie nach dem 1. März eine antisemitische Hetzpropaganda befürchten. Zahlreiche Familien suchen Obdach bei ihrer Verwandtschaft im Elsaß oder im Lothringischen. Niemand traut den in Rom und Genf festgelegten Garantien über den Schutz der Saareinwohner. Dem Völkerbund blieb es vorbehalten, mit dem Hitlerreich auf der Basis von Verträgen zu verhandeln. Fünf Wochen nach der Unterschrift wurden sie schon gebrochen.

Aber die Lage der Saaremigranten gestaltet sich auch in Frankreich recht schwierig. Obwohl in den Pässen der Saarländer steht, daß sie »Schutzbefohlenen Frankreichs« seien, nehmen die französischen Grenzbehörden die Flüchtenden keineswegs mehr ohne weiteres auf, wie es in den ersten Tagen der Fall war. Zu dieser veränderten Haltung hat vor allem die jüngste Sitzung des Völkerbundes beigetragen. Hier erklärte der Generalsekretär Avenol, daß der Etat des Völkerbundes

keine Mittel für die Saaremigration

besitze, und daß man erst im Mai über die Bereitstellung von Mitteln für das nächste Jahr beschließen könne. Frankreich hat also die alleinige Sorge für die Betreuung des Flüchtlingsstromes. Da sich außerdem im letzten Monat seine Arbeitslosenziffer vergrößert hat, so sind starke Widerstände gegen die vorbehaltlose Aufnahme vorhanden.

Hunderte von Einzelgängern und von ganzen Familien sind an der Grenze festgehalten und zurückgeschickt worden. Wer nicht den Nachweis führen konnte, daß er durch Mißhandlung oder durch Bedrohung zur Flucht gezwungen worden sei, wurde wieder zurücktransportiert. Zugegeben, daß viele in einer Angstpsychose Hals über Kopf die Heimat verließen, und daß auch manche jüngere Leute sich dem Strom aus reiner Abenteuerlust anschlossen, so haben doch die neuen Bestimmungen zu außerordentlich großen Härten geführt. Es kam vor, daß bewährte Kämpfer der antihitlerischen Einheitsfront, die in größter Eile ihr Hab

und Gut zu einem Spottpreise verkauft hatten und unter dem Hohn ihrer Gegner geflohen waren, die Reise zurück ins Ungewisse antreten mußten. Dabei kam es

an den Grenzorten Forbach und Saargemünd zu wahrhaft tragischen Szenen.

Auch in Südfrankreich selber, wo die Flüchtlinge zunächst aufgenommen werden, ist ihre Lage noch keineswegs rosig. Trotz Fürsorge und guter Verpflegung, trotz offener Sympathieumgebungen der Bevölkerung kamen viele krank und in einer seelischen Verfassung an, die eine sofortige Einfügung in die neuen Verhältnisse recht schwierig macht. Die gelernten Arbeiter sollen nach Möglichkeit in ihren alten Berufen beschäftigt werden. Die ungelerten Leute will man bei Kanal- und Wegebauten verwenden. Andere Gruppen will man auf dem Lande in den ziemlich menschenarmen Gebieten des südlichen Frankreichs ansiedeln, wo ganze Dörfer von ihren früheren Bewohnern verlassen wurden, weil die Landwirtschaft ihnen kaum die nötigste Nahrung gab. Wie die Menschen von der Saar, die neben ihrer Tätigkeit in der Industrie noch ein Stückchen Land besaßen, hier einen neuen Lebensraum finden können, macht den maßgebenden Stellen bereits viel Kopfzerbrechen. Zahlreiche jüngere Leute haben sich bereits zur Fremdenlegion gemeldet. Unter diesen Saaremigranten befinden sich

auch einige katholische Geistliche.

Sie hatten sich offen zum Status quo an der Saar bekannt und sahen sich dem Terror genau so ausgeliefert wie zahlreiche Angehörige ihrer Gemeinde. Auch ihre bischöflichen Oberhirten sind außerstande, sie zu beschützen. Einige dieser Geistlichen tragen sich mit der Absicht, im französischen Nordafrika Kolonien von Saarflüchtlingsen zu gründen. Es ist jedoch fraglich, ob dafür die erforderlichen großen Mittel beschafft werden können. Es fehlt den Menschen Kleidung und Wäsche, der notwendigste Hausrat und die Erfahrung zur Bearbeitung fremden Bodens.

Die Zahl der Flüchtlinge hat infolge der strengeren Kontrollmaßregel nicht unerheblich abgenommen. Neuerdings bedienen sich die französischen Behörden an der Grenze der Beratung durch eine von der Sozialdemokratie eingerichteten Flüchtlingsstelle, die sich in einem Laden auf der Hauptstraße Forbachs installiert hat. Hier ist ein ständiges Kommen und Gehen. Alle Nachrichten aus dem Saargebiet bestätigen, daß mit einer noch viel größeren Massenauswanderung um den 1. März herum gerechnet werden muß, wenn sich

das »Dritte Reich« das Saargebiet mit SA und SS, mit Gewalt und Rechtsbruch einverleiben wird. Nach allgemeiner Auffassung gibt es dann für diejenigen, die heute noch unter dem braunen Druck und der ihm offen dienstbaren Polizei ausharren, kein Halten mehr. Zu den Geängstigten und Bedrohten kommen dann noch die Existenzlosen, die wegen »Landesverrat« und »Separatismus« von ihren Arbeitsstellen vertrieben werden.

Opfer ihrer Gesinnung und ihrer Treue — einem ungewissen Schicksal in der Fremde ausgeliefert! Es ist kein Ruhmesblatt für die Welt und für den Völkerbund, daß im Herzen Europas Tausende und Abertausende landesflüchtig werden müssen, verjagt vom eigenen Volke und unbeschützt von der Gesellschaft der Nationen, die kaum etwas Charitas für sie übrig hat. Die Resignation und die Widerstandlosigkeit, mit der die Welt der Saaremigration gegenübersteht, ist nichts weniger als ein Zeichen europäischer Befriedigung. Sie wird den Uebermut Hitlers und seiner Paladine nur verstärken, denn wieder einmal erweist es sich, daß man die Kulturwelt und ihre Humanität ungestraft herausfordern kann.

Kater im Saargebiet

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Die große Mehrheit hat zwar für Hitlerdeutschland gestimmt, aber Vertrauen in die deutsche Wirtschaft ist nicht vorhanden. Es wird gehamstert, als zöge am 1. März nicht der geliebte Führer aller Nazideutschen, sondern ein feindlicher Herrscher ein. Alles will noch etwas profitieren von den fünfzehn Jahren »schmachvoller Fremdherrschaft«, die nun für das Saargebiet zu Ende gehen. Gehamstert werden: Fett aller Art, Oel, Kaffee, Leder, Seife, Nähgarn, Wolle, Anzugstoffe und Konfektion, Tabak. Auf diese Weise wird man auch am Zweckmäßigsten die Franken los, ohne sie in Reichsmark umtauschen zu müssen. Die Preise ziehen entsprechend der Nachfrage und dem höheren Preisniveau in Hitlerdeutschland an. So ist der Preis für das Pfund Schweineschmalz von 2.10 Franken auf 4 Franken gestiegen.

Ein Heer von Reisenden aus Deutschland ist im Saargebiet eingetroffen, um deutsche Waren anzubieten. Ihre Angebote werden bisher durchweg abgelehnt, da sich die Großisten und Einzelhändler, solange dies noch zollfrei möglich ist, in Frankreich eindecken, zumal in Lebensmitteln und Textilien, um so noch eine Zeit lang den Vorteil der billigeren und besseren Waren zu haben. Hinter den Girlanden und Fahnen zieht der braune deutsche Alltag herauf.

lung. Sie ist jetzt im nationalsozialistischen Gesetz prinzipiell und überall zur lediglich beratenden Instanz degradiert, die höchstens belien darf, vorausgesetzt, daß es die Gestapo gestattet, in keiner Weise aber zu bestimmen hat. Ihre Mitglieder werden nicht mehr frei gewählt, sondern von einer für keinen Gemeindebürger kontrollierbaren Instanz, nämlich der „zuständigen“ nationalsozialistischen Parteistelle, ernannt — und zwar nach irgend welchen verschrobene Gesichtspunkten, etwa nach dem „ständischen Prinzip“, unter dem sich zwar das Mittelalter noch etwas Vernünftiges vorstellen konnte, das aber in der Neuzeit nur der phrasenologische Ersatz für die Weigerung des bürgerlichen Elementes ist, der Arbeiterschaft dieselben demokratischen Rechte zuzubilligen, die sie selbst im Kampfe gegen die Feudalgewalten immer gehandhabt hatten.

Wer regiert die Gemeinde im nationalsozialistischen Staat? Die freie Bürgermeisterwahl, entweder durch unmittelbaren Entscheid der Gemeindebürger oder mittelbar durch die Wahl im Gemeindeparlament, ist das andere unabdingbare Charakteristikum wirklicher Selbstverwaltung. Selbst das alte Preußen mußte notgedrungen so liberal sein, daß es beispielsweise den Kölnern gestatten mußte, daß sie sich ihren „roten Becker“ zum Oberbürgermeister bestellten, einen aktiv am 48er Aufstand beteiligten Redakteur der Kölnischen Zeitung — alles andere als ein den Potsdamer Exzellenzen genehlig Mann. Heute? Der „zuständige“ Ortsgruppen- oder Kreisleiter der NSDAP, ein junger Herr, der durch Schlagetotverdienste in früheren Versammlungen gegen die „Marxisten“ in seine Würde gekommen ist, ein deroutierter Student, ein ausrangierter Oberleutnant, der den Wiederanschluß an das bürgerliche Leben seit Kriegsende verpaßt hat — das ist jetzt statt Bürgerabstimmung oder Wahl durch die Gemeindeverordneten die

einzig entscheidende Ernennungsinstanz! Dem Staat bleibt das Genehmigungsrecht. Für ihn ist also gesorgt, für die Partei ist sogar glänzend gesorgt — fragt sich nur noch, was der Gemeindebürger dabei zu sagen und zu tun hat, für den doch die Arbeit des Bürgermeisters bestimmt ist und der es auszubaden hat, wenn jener ein Versager ist?! Darüber steht das achlichte Wörtchen: gar nichts! Das Ganze nennt sich dann Verwirklichung des Führerprinzips. . .

Die eine Bestimmung, daß jetzt alle Gemeinden über 10.000 Einwohner nur noch hauptamtlich angestellte und bezahlte Beigeordnete haben dürfen, charakterisiert die Motiva, aus denen dieser legislative Krampf erwachsen ist. Im Dritten Reich macht sich die Politik wirklich bezahlt! Ein Ehrenamt ist eine Erfindung der überwundenen materialistischen Epoche!

Praktisch ist — gewiß — diese neue Reichsgemeindeordnung nur die Paraphrasierung eines Macht- und Rechtszustandes, den der „Aufbruch der Nation“ im März 1933 und in der folgenden Zeit bereits geschaffen hatte. Wenn überhaupt noch Gemeindeparlamente als reine Naziparteiveranstaltungen zusammentreten, ist das Abdingen des Horst-Wesselliedes noch die aufregendste und wichtigste Funktion, die da die Stadtväter ausfüllen. Dann hält vor ihnen meist noch der Nazi-Ortsgeneral noch einmal die Rede gegen die Miesmacher und Meckerer, die er schon fünfzig Mal vorher in Wirtshäusern gehalten hat. Nach spätestens einer halben Stunde sind die braunen Senatoren entlassen. Geht die Sitzung aber in sieben Minuten zu Ende, was auch vorkommt, wird es jedesmal in der Presse als besonders rühmlich gefeiert. Durchhalten, Maulhalten — diese Generaldevise des Dritten Reiches sollte jetzt über jedem Rathausportal und in jeder Gemeinde-

vorsteherstube neben dem obligaten Adolf-Bild hängen. Unterdessen erinnern wir uns aber, daß der Freiherr vom Stein, dessen Volksschädlingrolle, die er in der Geschichte der Deutschen gespielt hat, das Dritte Reich nun endlich durchschaue, auch ein Emigrant war, der den Schutz der Fremde gegen die eigene Heimat in Anspruch nehmen mußte, wenn er sein Vaterland nicht im Stich lassen wollte. Wir erinnern uns dieses unseres berühmten „Kollegen“ schon im Hinblick auf das, was auch in Deutschland geschah, als dieser „Volksschädling“ dann schließlich in die Heimat als Sieger zurückkehrte. E. E. Roth.

Miesmacher mehrten sich

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“:

Der Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg der NSDAP, Staatsrat Jordan, hat Anordnungen getroffen, um gegen das Überhandnehmende Denunziantentum mit aller Schärfe vorzugehen. Er erklärt, daß in den letzten Monaten wiederholt von moralisch und sittlich verkommenen Elementen und von geistesgestörten Subjekten gegen politische Leiter und andere Führer der Bewegung Verleumdungen und Verlogenheiten an ihn und andere Dienststellen der Bewegung herangebracht worden seien, die sich sowohl nach den parteiamtlichen wie auch nach den staatlichen Untersuchungen als gemeinstes Denunziantentum und Verleumdertum erwiesen hätten. Der Schutz der nationalsozialistischen Bewegung und ihr Ansehen ständen höher als die berufliche und private Existenz dieser Verleumder. Innerhalb der Gauleitung werde daher eine Abwehrstelle zum Schutze der Bewegung gegen Verleumdungen und Denunziantentum errichtet. Alle Dienststellen der Partei sollten die von ihr festgestellten Denunzianten und Verleumder der Abwehrstelle melden.

Das Vertrauen zwischen Volk und Partei ist sichtlich im Wachsen begriffen. Es müssen schon Abwehrstellen dagegen errichtet werden.

Hitler in Amerika

Die Göbbels-Mark rollt in USA — In 19 Großstädten und 27 Staaten bereits Ortsgruppen — SA-Formationen unter Nazi-Offizieren — Der Schlachtruf: »Dawa« — Deutsche Amerikas wacht auf!

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat bekanntlich im Vorjahre (unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dickstein) einen Ausschuss eingesetzt, der die Nazi-Umtriebe in USA. feststellen und aufdecken soll. Die Arbeit dieses Ausschusses ist — obwohl man sehr eifrig und ganz unbürokratisch bei der Sache ist — noch immer nicht beendet. Sie steht immer wieder auf enorme Schwierigkeiten: Es sind die bekannten Hindernisse der Sabotage durch Sympathisierende oder gar Mithelfer. Noch hat die Dickstein-Kommission nicht ein abschließendes Wort gesprochen und doch weiß man schon, daß ihre bisherigen Ermittlungen bereits sensationelle Ergebnisse hatten: Mit der gleichen Skrupellosigkeit und Demagogie, mit der die Nazis einst daheim den Staat unterminierten, sind sie auch jetzt in Amerika dabei, sich überall zerfressend und unterwühlend einzunisten und dort einzudringen, von wo aus man auf tausend Wegen zum Ziel gelangen kann.

Geld steht ihnen offenbar noch immer in großen Mengen zur Verfügung.

So wachsam die USA-Behörden im letzten Jahr auch waren, ist es doch Göbbels gelungen, ein Riesenheer von Agenten in das Land einzuschmuggeln und über alle Staaten zu verteilen.

Eigentlich hat es schon nach dem ersten Wahlsieg der Nazis im Jahre 1933 begonnen. Bereits damals erschienen Abgesandte der NSDAP in Amerika. Oberhaupt der Propaganda war zu jener Zeit ein gewisser Ernst Lüdecke, ein — wie sich später herausstellte — vielfach Vorbestrafter, was ihn allerdings qualifizierte, Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ zu sein und sich überall als zukünftigen deutschen Botschafter aufzuspielen. Lüdecke gelang es, einige Beziehungen zu gewinnen. So zum Beispiel die Abgeordneten Mac Fadden von Pennsylvania und Banton von Texas, die in der Folge aus ihren Sympathien für Hitler keinen Hehl machten. Lüdecke mußte, da man sich mit seinem Vorhaben etwas näher zu beschäftigen begann, 1933 aus Amerika verschwinden. Sein Nachfolger im Oberbefehl wurde ein gewisser — unseren Lesern nicht mehr unbekannter — Heinz Spanknöbel aus Detroit, dem dann von der Berliner Propaganda-Zentrale noch ein Doktor Nieland aus Hamburg, Leiter der nationalsozialistischen Auslandsarbeit, als Aufseher beigegeben wurde. Beide gingen nun — inzwischen war ja Deutschland Beute des Hitlerismus geworden — mit allen Mitteln, die ihnen in reichstem Maße aus der Reichskasse zufließen, an die Arbeit. In New York wurde zunächst ein großartiges Parteibüro errichtet und ein Organ „Das neue Deutschland“ geschaffen. Amerikanische Journalisten, die Lust zu einer Reise nach Deutschland verspürten, brauchten sich nur an dieses Büro wenden: Dann bekamen sie

eine Gratisreise nach Deutschland in Luxuskabins der Hapag- oder Lloyd-Schiffe und einen mehrwöchigen Gratis-Aufenthalt

in Deutschland, natürlich zu „Studienzwecken“. Die deutsch-amerikanischen Unternehmungen und die Deutsch-Amerikaner wurden nun unter stärkstem Druck gesetzt. Spanknöbels Agenten drohten, mitunter sogar in aller Öffentlichkeit, jeder Deutsch-Amerikaner, der nicht für das neue Deutschland sei, müsse damit rechnen, daß etwaige Angehörige, die noch in Deutschland leben, dort ins Konzentrationslager kommen würden.

Spanknöbels Agenten arbeiteten mit einem ungeheuren Aufwand von Geld. Sie versuchten überall Zellen und Ortsgruppen zu bilden. Tatsächlich entstanden allmählich große Ortsgruppen nicht nur in New York, auch in Chicago, Cincinnati, Detroit, San Francisco, St. Louis, Boston, Milwaukee, Baltimore, Philadelphia usw. Es wurde ein regelrechtes Netz von Nazi-Organisationen aufgebaut, das sich über sämtliche Städte und Staaten der USA erstreckte. Und zwar wurden große und feste Stützpunkte errichtet in bisher 19 Großstädten und 27 Staaten.

Spanknöbel gelang es auch, etwa dreihundert deutsche Vereine in New York zu überumpeln und überall Nazi-Freunde in die Vorstände zu bugsiieren. Im Juni 1933 trommelte man zahlreiche Großkaufleute im deutschen Generalkonsulat in New York zusammen, erklärte ihnen, sie seien die Hauptinteressenten der Abwehr der antideutschen Boykottbewegung und müßten daher zur Abwehr das erforderliche Geld zur Verfügung stellen. Falls sie das nicht täten, würde sich in Deutschland eine Boykottbewegung gegen amerikani-

sche Waren bilden und außerdem würde man die Deutschen in Amerika dazu aufrufen müssen, ihre Waren nur noch von solchen Firmen zu beziehen, die für das neue Deutschland Sympathie hegten. Diese Erpressung wirkte. Es wurde ein Finanzierungsausschuß geschaffen, dem der amerikanische IG-Vertreter, der New Yorker Hapag-Direktor Scheurer und auch einige amerikanische Herren beitraten. Wenn auch die Erpressung das Ergebnis hatte, daß viele amerikanische Exportfirmen Beiträge zur „Abwehr der Boykottbewegung“ — die natürlich nichts anderes war als ein Ausbau der Nazi-Organisationen — so reichlich dennoch die Gelder nicht für die geradezu verschwenderischen Methoden der Nazi-Propaganda aus. Vor allem deshalb nicht, weil unter raffiniertester Tarnung unausgesetzt neue Scharen von Nazi-Agenten ins Land strömten.

In den deutschen Konsulaten allein wurden über 300 Angestellte neuingestellt.

An gewisse amerikanische Publizisten wurden für Artikel über das neue Deutschland Riesen-Honorare gezahlt; der Dickstein-Ausschuß ist im Besitz von Material, aus dem hervorgeht, daß diese Zahlung von dem Kassierer des deutschen Generalkonsulats in New York, Loeper, ausging. Eine New Yorker Reklamefirma erhielt von dem Propagandaministerium den Auftrag, ohne Rücksicht auf Kosten einen pompösen Reklamefeldzug für das neue Deutschland durch mehrere Wochen durchzuführen. Es erschienen in Amerika Redner, deren Namen drüben guten Klang hatten, so der Graf Luckner und auch Colin Roß, der — wie man sich erinnern wird — 1919 einer der röttesten war und später seine Gesinnung an die Nazis ebenso verkaufte wie in den Konjunkturtagen der Weimar-Republik seine Reiseberichte an den demokratischen Ullstein-Verlag.

Man begnügte sich aber nicht damit, das Land mit einem Propaganda-Netz zu überziehen; sondern ging nun nach heimatlichem Muster auch dazu über, neben den Ortsgruppen und Zellen allenthalben SA-Formationen zu schaffen. November 1933 landete auch ein gewisser Georg Schmitt in New York und legitimierte sich bei der deutschen Zentrale mit einem Ermächtigungsschreiben der Stahlhelm-Leitung, die deutschen Frontkämpfer in Amerika zu organisieren und sie den allmählich beginnenden Nazi-Formationen zuzuführen. Es wurden, ganz wie wenn man im Dritten Reich wäre, überall Rekruten für die SA-Formationen geworben, überall herrschte selbstverständlich stramm-militärische Disziplin und das Führerprinzip. Um das absolut militante Treiben zu tarnen, wurde ein „Bund der Silberhemden“

geschaffen. Dieser Bund steht zwar nach außenhin unter hundertprozentig amerikanischer Leitung, ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als die im Aufbau begriffene amerikanische SA. Das Hauptquartier befindet sich in Asheville. Alles was die SA für ihre Ausrüstung brauchte, erhielt sie aus Deutschland geliefert. Die Dickstein-Kommission hat ermittelt, daß nahezu jedes in den New Yorker Hafen einlaufende deutsche Schiff Waffen, Munition und Ausrüstung für die SA mitbrachte (und vielleicht jetzt noch mitbringt).

So sehr auch die Nazi-Agenten ihre Tätigkeit tarnen, wurde sie doch allmählich den amerikanischen Behörden ruchbar, zumal sich die Öffentlichkeit über das immer unverschämter werdende Treiben zu beschweren begann. Man benutzte einen Zwischenfall, bei dem man schwerbelastendes Material gegen Spanknöbel fand, um gegen diesen einen Haftbefehl zu erlassen. Offenbar war er aber rechtzeitig gewarnt worden, jedenfalls war er plötzlich verschwunden und die amerikanische Polizei konnte ihn nicht mehr erwischen. Nun übernahm ein gewisser Gissibl die Oberleitung und er ist jetzt noch immer der Osaf der amerikanischen Nazis. Gissibl begann nach neuen Tarnungsmethoden zu suchen. Um der Verfolgung zu entgehen, wurde die alte NSDAP aufgelöst und in eine

„Liga der Freunde Deutschlands“

umgewandelt. Aber selbstverständlich blieben die Führer aller Ortsgruppen die gleichen. Ebenso wenig änderte sich etwas an der Organisation der SA, die nach wie vor allwöchentlich mindestens einmal zu Übungen zusammenkommt — „Turnübungen“ werden sie genannt — unter strammem Kommando von Nazioffizieren steht und in allen Erfordernissen des Bürgerkrieges ausgebildet wird.

Gissibl begnügte sich aber nicht mit dieser Arbeit, sondern wandte sich auch nun-

mehr dem englischen Teil der Bevölkerung Amerikas zu. Es wurde ein Verband der „Friends of new Germany“ geschaffen, Pendant der deutschen Organisation. An die Spitze des neuen Verbandes trat ein Colonel Emerson. Auch dieser Emerson hat eine Vergangenheit hinter sich, die ihn für einen Krieges gab er in Berlin eine „Continental News“ heraus, die in die englische Front eingeschmuggelt wurde. Als Amerika in den Krieg eintrat, legte Emerson zwar offiziell die Leitung dieser Zeitung nieder, blieb jedoch weiter

hochbezahlter Agent des deutschen Generalstabs.

Jetzt arbeitet Emerson Hand in Hand und im gleichen Hause mit dem deutschen Generalkonsulat in New York, sein Stab besteht aus lauter solchen Amerikanern, denen in der amerikanischen Öffentlichkeit schon wiederholt und dezidiert der Vorwurf gemacht worden ist, während des Krieges deutsche Spione gewesen zu sein. Man hat sie wiederholt aufgefordert, dagegen zu klagen; aber sie zogen es vor, zu schweigen. Diese Herren und der New Yorker deutsche Generalkonsul Kiep, sowie der Osaf Gissibl, sind das Zentrum der nationalsozialistischen Agitation in Amerika. (Auch Herr Kiep möchte sich heute sicher nicht an seine stramm-republikanische Vergangenheit und an die Tage im Jahre 1930 erinnern, in der er in der Washingtoner Botschaft vor Pressevertretern seinen jetzigen Führer und Gott Adolf Hitler einen „bezahlten Verbrecher“ nannte.)

Es wurde außerdem noch ein „Orden 76“ gegründet, so genannt nach der Jahreszahl der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. Dieser „Orden 76“ entfaltet eine besonders

intensive antisemitische Propaganda.

vertreibt in größtem Umfange die „Protokolle der Weisen von Zion“ und arbeitet mit dem Hauptschlagwort, daß alle Juden Kommunisten und alle Kommunisten Juden seien. Ueberhaupt wird selbstverständlich der Antisemitismus zur Grundlage der Nazi-Propaganda gemacht; es geht, ganz wie in der trauten deutschen Heimat, gegen die „jüdischen Bankiers und Wucherer“, nicht nur Hoover, auch Roosevelt sei jüdischer Abstammung und wolle daher Amerika dem Weltjudentum ausliefern. Es fehlt in dem Vokabular der amerikanischen Nazi-Propaganda überhaupt nichts, was man nicht in den letzten vierzehn Jahren in Deutschland gehört hätte. Während die Parole für die Deutsch-Amerikaner lautet: „Deutsche Amerikas, wacht auf!“ — abgekürzt: „Dawa“ — überträgt man für den englisch sprechenden Teil der Bevölkerung die Propaganda-Schlagworte auf amerikanische Verhältnisse und kitschelt mit den erprobten Ku-Klux-Klan-Parolen die Instinkte der hundertprozentigen Amerikaner. Daß die Nazi-Organisationen heute auch schon viele Zeitungen deutscher und englischer Sprache, eigene und gekaufte Blätter, zur unbeschränkten Verfügung haben, versteht sich von selbst. Neuerdings ist ja auch der Riesenkonzern Hearst mit seinen 29 Zeitungen und vor allem mit seiner über ganz Amerika verzweigten Nachrichtenagentur in enge Beziehungen zur Hitler-Regierung getreten.

Es ist einleitend gesagt worden, daß die Arbeit der Dickstein-Kommission außerordentlich erschwert wurde durch Sabotage. Dickstein, der unter anderem auch behauptet, daß bereits eine geheime Nazipolizei in fünfzehn Staaten der USA. bestände, hat diese Schwierigkeiten von Seiten jener Kreise des amerikanischen Beamtentums, in die die Nazi-Propaganda an manchen Stellen schon eingebrochen ist. Damit fällt auch die Frage zusammen, welches Ziel sich die Naziarbeit in Amerika eigentlich gesetzt hat. Nun, es handelt sich nicht nur darum, in den USA. eine günstige Stimmung für Hitler zu erzeugen, sondern es wird planmäßig an nichts geringerem als an einer regelrechten

Verschwörung gegen den demokratischen Staat

gearbeitet. Die Männer, die heute mit den deutschen Nazis drüben Hand in Hand arbeiten, sie unterstützen und fördern, aber auch von ihnen dafür mit etlichen Dollars bezahlt werden, sind gleichzeitig auch die Führer des amerikanischen Faschismus. Wenn auch der Antisemitismus infolge der skrupellosen Propaganda vielfach schon dort Fuß zu fassen begonnen hat, wo man es früher nicht für möglich hielt, ist doch noch der Faschismus heute in Amerika keine allzu aussichtsreiche

Sache. Aber man kennt die zähe, zersetzende Arbeit des Nationalsozialismus, der sich eine Zelle nach der anderen schafft, bis er alles unterminiert hat. Es fehlt auch nicht an Versuchen, solche nationalsozialistische Zellen in die amerikanische Armee hineinzutragen. Das Ziel ist, durch Bestechung und rücksichtslose Propaganda den Sturz des gegenwärtigen Regierungssystems herbeizuführen. Man erinnert sich, daß vor einigen Wochen ein Plan aufgedeckt worden ist, der dahin ging, nach Washington zu marschieren, den Präsidenten Roosevelt gefangenzunehmen und eine faschistische Diktatur zu errichten. Charakteristisch ist ferner, daß die Nazi-Emissäre enge Verbindungen mit jenen Kreisen in Amerika halten, die für eine weitere Abwertung des Dollars eintreten. Die Nazi-Propaganda erwartet von einer solchen Dollarabwertung nicht nur eine der faschistischen Agitation günstige Verschärfung der Massenstimmung, sondern eine Entwertung des Dollars würde auch daheim dem Wirtschafts-diktator Schacht ausgezeichnet in den Kram passen, weil sich dadurch die Schulden an Amerika noch weiter entwerten würden.

Der Dickstein-Ausschuß (der eigentlich heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Mc Cormick steht) setzt, wie gesagt, seine Untersuchung fort. Was er schon allein bisher zutage gefördert hat, waren genügend „Tatbeweise für Hitlers Friedensliebe“.

Der Raubzug von Saarbrücken

Keinen Pfennig den Räubern!

Der Angriff auf das Eigentum der Arbeiterorganisationen und der sozialdemokratischen Partei vollzieht sich im Saargebiet durchaus in den Formen, die das Dritte Reich ausgebildet hat. Man wartet damit nicht einmal bis zum 1. März, dem Tage der Rückgliederung. Man hat ein willfähiges Gericht gefunden, das unter Mißachtung aller jetzt noch geltenden Rechtsgrundsätze und ungehindert von den noch amtierenden Instanzen des Völkerbundes am 31. Januar eine einstweilige Verfügung gegen die »Volkstimme« G. m. b. H. erlassen hat. Sie entzieht den Gesellschaftern, den Inhabern des Unternehmens, die Verfügung über ihr Eigentum und sie setzt den bisherigen Geschäftsführer ab. Der neue Geschäftsführer, Ernst Klopffer, ist ein Renegat und jetzt ein willfähiges Werkzeug der braunen Banditen.

Man begnügte sich aber nicht mit dem Raub des Eigentums, sondern streut auch Verleumdungen aus. In einem Rundschreiben eines Rechtsanwalts Dr. Schneider vom 31. Januar wird die verleumderische Behauptung aufgestellt, daß der bisherige Geschäftsführer »nach Veruntreuung erheblicher Werte« in das Ausland geflüchtet sei. Die Abnehmer der »Volkstimme« und der »Deutschen Freiheit« werden aufgefordert, ihre Schulden an die Volkstimme G. m. b. H. nach Saarbrücken zu entrichten. Andernfalls wird ihnen mit Klage gedroht.

Das ist eine lächerliche Drohung, die außerhalb der Grenzen des Dritten Reiches wohl niemand ernst nehmen wird. Die einstweilige Verfügung ist angefochten worden. Aber selbst wenn sie aufrechterhalten bleibt, wird kein ausländisches Gericht den Raub legalisieren. Das Eigentum an den Forderungen der »Volkstimme« und der »Deutschen Freiheit«, soweit sie bei Schuldner außerhalb des Saargebiets geltend gemacht werden, gehört den wirklichen Besitzern des Unternehmens, die alle ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausnutzen werden, um ihr Eigentum zu schützen. Wer der Aufforderung des Rechtsanwalts Dr. Schneider auf Zahlung an die »Volkstimme« nach Saarbrücken entspricht, kann also mit Sicherheit erwarten, daß er durch ein Gericht seines eigenen Landes verurteilt wird, die Zahlungen an die wirklichen Besitzer noch einmal zu leisten. Niemand zahlt deshalb einen Pfennig nach Saarbrücken!

Geld oder Leben!

Der Führer des Nürnberg-Fürther-Einzelhandels hatte die offenen Verkaufsstellen aufgefordert, drei Prozent ihres Umsatzes in der Zeit des Parteitages als freiwillige Spende und als Ausdruck des Dankes gegenüber der Reichsleitung der NSDAP abzuführen. Einige Kaufleute scheinen diese Spende wirklich als „freiwillig“ aufgefaßt und auf eine Beteiligung verzichtet zu haben, denn die „Fränkische Tageszeitung“ veröffentlicht jetzt eine von der Metzger-Innung aufgestellte Liste jener Metzgermeister, die bisher nichts spendeten. Wenn die Angeprangerten das Versäumte nicht alsbald nachholen, werden sie wohl in Kürze ihren Laden schließen können. Vor dem Dritten Reich nannte man solche Methoden gemeine Erpressung.

Mehr Autos aber weniger Brot!

Die Umsätze im deutschen Einzelhandel enthüllen das Wesen der Bonzokratie

Unsere Behauptung, daß die Arbeitsbeschaffung der Hitlerdiktatur zu einem sehr großen Teil auf Kosten der breiten Massen vor sich gegangen ist, erfährt eine neue Bekräftigung durch die Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel. Das Institut für Konjunkturforschung hat kürzlich geschätzt, daß die deutsche Gesamtproduktion im Jahre 1934 gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel gestiegen sei. Trotz unseres allgemeinen Mißtrauens gegen solche summarischen Schätzungen überhaupt und des besonderen Mißtrauens gegen die Statistik des gleichgeschalteten Herrn Wagmann, wollen wir die Richtigkeit dieser Angabe einmal unterstellen. Aber dann müßte man doch erwarten, daß die Erhöhung der Produktion sich auch in einer Erhöhung des Einkommens, einer Steigerung der Löhne und Gehälter ausdrückt, daß also eine entsprechende Erhöhung in den Verkäufen des Einzelhandels eingetreten wäre. Dem ist aber nicht so. Nach den Berechnungen der Forschungsstelle für den Handel sind die Umsätze im Jahre 1933, dem ersten Jahre der Diktatur, um 30 Prozent niedriger gewesen als im letzten Jahre des »Systems«. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß 1933 namentlich in der zweiten Hälfte, bereits die Preissteigerungen einsetzten, der mengenmäßige Rückgang also noch etwas größer war. Im Jahre 1934 sind dann, immer nach den offiziellen Berechnungen, die Umsätze gestiegen; sie betragen 23.75 Milliarden RM gegen 21.2 Milliarden im Jahre 1933. Das ist eine Steigerung um 12 Prozent gegenüber der Produktionssteigerung um 25 Prozent.

Das Resultat ist an sich nicht blendend. Denn 1931, wo die Krise bereits in voller Entwicklung war, hatte der Umsatz noch 27.2 Milliarden und 1930 noch 32 Milliarden RM betragen.

Die Verkäufe des abgelaufenen Jahres blieben also um rund 26 Prozent hinter denen von 1930 zurück.

Und 1930 war ja bereits auch ein Krisenjahr! Hitler hat sich kürzlich gerühmt, daß er bereits in den ersten zwei Jahren seines Vierjahresplan zwei Drittel seines Wirtschaftsprogramms erfüllt habe. Die Erfüllung besteht darin, daß — immer nach den schönfärbenden offiziellen Angaben — der deutsche Konsum um ein Viertel geringer ist als im Krisenjahr 1930.

Bei der mit 12 Prozent ausgewiesenen Umsatzsteigerung des Jahres 1934 handelt es sich um eine Wertangabe. Da die Preise unausgesetzt gestiegen sind, und zwar gerade am höchsten bei den Gegenständen des dringendsten Bedarfs, Lebensmitteln und Textilien, so ist die mengenmäßige Steigerung bei weitem geringer. In welchem Maße, läßt sich leider nicht genau angeben, da darüber Angaben von der gleichgeschalteten Statistik ängstlich vermieden werden. Fest steht nur, daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gesunken, der Umsatz der Menge nach — und darauf kommt es an — noch stark unter 12 Prozent zurückbleibt.

Für die soziale Kritik kommt es vor allem darauf an, welche Umsätze gestiegen, welche Konsumarten sich erweitert haben. Nun,

am stärksten war der Umsatzgewinn bei Kraftfahrzeugen,

die Steigerung betrug rund 45 Prozent. Es folgen die verschiedenen Zweige des Hausratshandels mit 20 bis 40 Prozent und des Uhrenhandels mit 20 Prozent. Im Textilhandel verlangsamte sich der Prozeß trotz der Hamsterkonjunktur; die Steigerung beträgt kaum 18 Prozent und dabei entfällt mindestens ein Viertel auf die Preissteigerung. Aber

die geringste Zunahme zeigt der Lebensmittelhandel;

sie beträgt nur 5.5 Prozent. Diese Zunahme ist ausschließlich auf die Verteuerung der Lebensmittel zurückzuführen; mengenmäßig hat der Lebensmittelabsatz nicht nur keine Zunahme, sondern höchstwahrscheinlich eine fühlbare Abnahme zu verzeichnen. Ähnliches gilt auch für den Schuhwarenabsatz, der nur eine Zunahme von 4.5 Prozent aufweist.

Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte schaffen sich keine Autos an; auch ihr Bedarf an neuem Hausrat hat nicht stürmisch zugenommen, und auch die Steigerung des Uhrenabsatzes wird nicht gerade

auf sie zurückzuführen sein. Aber daß der deutsche Lebensmittelkonsum trotz der Einstellung von Arbeitslosen noch zurückgegangen ist, obwohl schon 1932 und 1933 Elendsjahre waren, ist trotz alledem verblüffend und spricht über die Wirtschaftspolitik Hitlers ein wahrhaft vernichtendes Urteil. Der Konsum der Wohlhabenden und der Reichen ist gestiegen, der Konsum der breiten, arbeitenden Massen ist gefallen. Hier sieht Ihr wieder den sozialen Inhalt der Diktatur!

Und trägt nicht alles, so wird sich dieser Abstieg im Konsum des deutschen Volkes fortsetzen. Die Dezemberzahlen waren jedenfalls auffallend ungünstig. Melancholisch konstatiert zunächst die Forschungsstelle, daß

das Weihnachtsgeschäft eine Enttäuschung

war. Am bedenklichsten scheint sie für den Textilhandel gewesen zu sein, was angesichts der großen Lagereindeckungen des Handels gewisse Rückschlagsgefahren in sich birgt.

Insgesamt lagen die Dezember-Umsätze im Einzelhandel nur um 6 Prozent über dem Vorjahr gegen 13 Prozent im November und 22 Prozent im Oktober. Davon entfielen »anscheinend (!) knapp ein Drittel auf Preiserhöhungen, zwei Drittel auf Mengen- und Qualitätssteigerungen«. (Qualitätssteigerung, offenbar durch die bekannten wertvollen Ersatzstoffe!) Die Umsatzsteigerung war am stärksten bei Teppichen und Uhren, also relativ »wertbeständigen« Gegenständen. Der Lebensmittelhandel hatte eine Umsatzzunahme von 3½ Prozent bei 1 Prozent Preissteigerung, der Textilfachhandel eine solche von 9 Prozent bei reichlich 7 Prozent Preissteigerung. Die Umsatzmengen sind also kaum gesteigert worden. Die Textilhamsterei hat aufgehört, aber nicht, weil das Vertrauen zur Mark wiedergekehrt ist, sondern weil man weiß, daß man nur mit Ersatz verfälschte Ware bekommt.

Der Schuhhandel gar zeigt einen Rückgang

um ein Neuntel gegenüber Dezember 1933. Es war also keine fröhliche Weihnacht, die im zweiten Jahre der Diktatur gefeiert worden ist!

Die Wirtschaftspolitik der Hitler und Schacht hat also das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum nicht nur nicht beseitigt, sondern noch verschärft. Anders ausgedrückt, die Steigerung der Akkumulation, die Ausdehnung der Produktion ist auf Kosten des Konsums erfolgt. Das kann nicht anders sein. Denn die Agrar- und Handelspolitik führt zu einer Verringerung der Produktivität der Gesamtwirtschaft, zur Minderung ihres Gesamtertrages, die sich in einer absoluten Verringerung der Lohnsumme oder Verminderung der Kaufkraft infolge Preissteigerung ausdrückt. Und die Ausgaben für Rüstungen führen erst recht nicht eine Konsumsteigerung herbei. Aber Konsumsteigerung ist ja auch nicht der Zweck der Diktatur, die nur ein Ziel kennt: ihre Machterhaltung und Machterweiterung.

Dr. Richard Kern.

Deutscher Monopolkapitalismus

Alleinherrschaft des Zigarettentrust — Wann wird »verstaatlicht«?

Am 25. Februar 1920 hat Hitler im Münchener Hofbräuhaus sein Programm verkündet, das 25 Punkte und unter 11 bis 17 die wirtschaftlichen Forderungen der Nationalsozialisten enthielt. Zur besonderen Propaganda unter den von der großkapitalistischen Konkurrenz bedrängten Kleingewerbetreibenden heißt es im Punkt 13:

„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust) Betriebe.“

Auf der Generalversammlung der Partei 1926 wurde beschlossen: „Dieses Programm ist unabänderlich.“ Gegenüber kritischen Stimmen erklärte Adolf Hitler 1928 auf der Reichsführer-tagung: „Das Programm liegt fest und niemals dulde ich, daß an den programmatischen Grundlagen der Gesamtbewegung gerüttelt wird.“ Die Nazis haben zwar nie verraten, was sie unter den „bereits vergesellschafteten“ Betrieben und der Verstaatlichung der Trusts verstehen. Immerhin wird man annehmen können, daß die Firma Krupp, die im letzten Geschäftsjahr als Rüstungsgewinner einen Profit von 6% Millionen Mark ausgewiesen hat, als Groß-Aktien-gesellschaft zu den vergesellschafteten Betrieben gezählt werden darf. An eine Verstaatlichung denkt indes weder Schacht noch Hitler.

Im allerschroffsten Gegensatz zum Nazi-programm aber steht die Monopoldiktatur, die in der Zigarettenindustrie von zwei „vergesellschafteten“ Riesenkonzernen

Reemtsma und Haus Neuenburg

unter dem staatlichen Schutz des faschistischen Regimes ausgeübt werden kann. Hier hat sich die Nationalsozialistische Arbeiterpartei mit dem „unabänderlichen Programm“ als der stärkste Schutzwall gegen eine Verstaatlichung und für die Machtsteigerung des Privatmonopols erwiesen.

In rasendem Tempo hat sich die Konzentration der Zigarettenproduktion vollzogen. Eine große Zahl von Klein- und Mittelbetrieben wurden stillgelegt, die noch marktgängigen Markenbezeichnungen von den Konzernen übernommen. Während der Zusammenballungsprozeß des Tabak-Kapitals die Zahl der Betriebe verminderte, stieg gleichzeitig der deutsche Zigarettenkonsum, der mengenmäßig im Vorjahr einen Verbrauch von 33¼ Milliarden in Deutschland produzierter Stück aufweist. Der Kleinverkaufs-wert betrug nicht weniger als 1.16 Milliarden Mark. Die Zahl der Betriebe, die schon nach der Betriebszählung von 1925 auf 635 gesunken war, wird das letzte Jahr nur noch mit 185 angegeben. Dabei ist der Aufzugsungsprozeß noch im vollen Gange. Um die Kontingentierung der Produktion für die wenigen Kleinbetriebe überflüssig zu machen, haben neuerdings die beiden Konzerne eine mildtätige Ausgleichskasse für die absterbenden notleidenden Kleinbetriebe errichtet, also eine Art Begräbnisgeld. Wenn diese Industrie nicht vertraut ist, dann wird es nach der Nazi-Programmauslegung in der Praxis niemals einen zu verstaatlichenden Trust geben. Aber der zu Beginn des deutschen Faschismus scheinbar vorhandene Dualismus zwischen Staat und Wirtschaft ist längst beseitigt. Die Diktatur in der deutschen Zigaret-

tenindustrie zeigt, daß es unter Hitler nur noch eine geschlossene Alleinherrschaft der Privatmonopole gibt.

In dieser Industrie hat sich auch erwiesen, wie wenig der faschistische Diktator Hitler mit seinem „Kampf gegen den Rationalisierungswahn“ zu melden hat, wenn die Monopolgewaltigen Hochleistungsmaschinen für profitlicher halten, als Menschenhände. Nach der Betriebszählung von 1925 haben in der Zigarettenherstellung noch 34.800 Personen gearbeitet, am Ende des zweiten Jahres Hitler-Regime waren es noch 14.200 Tabakarbeiter beiderlei Geschlechts. Aber auch die in Arbeit stehenden Belegschaften, denen die letzte Spur einer tariflichen Lohnregelung zerschlagen

worden ist, bedürfen zu ihren Elendelöhnen der Unterstützungszuschläge durch die allgemeine Wohlfahrt. Die Zigarettenindustriellen atmen in ihrer Fachpresse auf, daß unter Adolf Hitler die Frage eines Tabak-Staatsmonopols gleich dem Beispiel anderer Länder endgültig abgetan ist. Hitler ist der Garant der Privatmonopole. Dafür tröstet ihn die Trustpresse und schreibt, daß das Reich mit den Einnahmen an Steuern viel besser abschneide, als etwa andere Länder mit Einnahmen aus dem Staatsmonopol. In Wirklichkeit haben bei steigendem Konsum die Steuern unter der Herrschaft der Privat-

monopole folgende absinkende Entwicklung genommen.

Gesamteinnahme aus der Tabaksteuer:
1930/1931 . . . 849.551.000 Mk.
1933/1934 . . . 587.816.000 Mk.

Der vorgesehene Sollertrag von 593.220.000 Mark ist nicht erreicht worden. Bei den Zigaretten (verausgabte Steuerzeichenvordrucke) im besonderen zeigt sich folgendes Absinken.

1930/1931 . . . 492.849.000 Mk.
1932/1933 . . . 371.134.000 Mk.
1933/1934 . . . 357.972.000 Mk.

Steigende Riesenumsätze und fallende Löhne und Steuern, das sind die Zeichen „nationaler Erneuerung“ im Zigarettentrust. Aber Hitler hat auch schon zu früherer Zeit die Unabänderlichkeit seines Programms in der Frage der Verstaatlichung nur in Massenversammlungen erklärt. Im engeren Kreise hatte er schon früher Verständnis für die Bedürfnisse der Aktionäre.

Die Zigarettentrustbarone haben sich die „nationale Erneuerung“ etwas kosten lassen. Sie haben einer Partei zum Aufstieg verholfen, die nach erfolgter Machtergreifung als willführiges Instrument der kapitalistischen Geldgeber den ganzen Staatsapparat zur Wahrung einseitigster großkapitalistischer Interessen zur Verfügung stellte. Das Geschäft war richtig.

Sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit

Schon bei der Besprechung der Arbeitslosenstatistik für den November haben wir darauf hingewiesen, daß die Zahl der Beschäftigten rascher sinkt als die statistisch zugegebene Zunahme der Arbeitslosen anzeigt. Im November war die Arbeitslosenzahl um 86.000 auf 2.354.000 gestiegen. Nach der Krankenkassenstatistik verminderte sich aber die Zahl der Beschäftigten einschließlich der Landhelfer und Notstandsarbeiter von 15.637 auf 15.478 Millionen, also um 161.000. Die wirkliche Zunahme der Arbeitslosigkeit betrug fast das Doppelte der Zahl, die die Arbeitslosenstatistik ausweist.

Im Dezember stieg die Arbeitslosigkeit weiter um 252.000 auf 2.604.000. Aber die Zahl der Beschäftigten ging im Dezember um nicht weniger als 604.000 zurück. Die Belastung des Arbeitsmarkts ist also weit größer als sie die Arbeitslosenstatistik erkennen läßt. Und dabei muß noch die Vermehrung der Reichswehr von 100.000 auf 300.000, die Zahl der Landhelfer, der Arbeitsdienstpflichtigen und Notstandsarbeiter berücksichtigt werden. Diese Arbeiter in »zusätzlicher Beschäftigung« hatten vorher keine besondere Rolle gespielt. Es handelte sich damals hauptsächlich um Notstandsarbeiter und ihre Zahl schwankte zwischen 30.000—100.000. Mit der Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes begann die Zahl anzuschwellen; sie stieg unter der Diktatur bald auf eine halbe Million und überschritt im März und April 1934 bereits die Million; im Oktober und November waren es 600.000, die in dieser »zusätzlichen« Beschäftigung untergebracht waren. Dieser Zwangsarbeitsdienst der »Landhelfer«

und in den Lagern trägt natürlich wesentlich dazu bei, die statistischen Ausweise noch weiter zu verschönern.

R. K.

Die Tochter seiner Majestät

Die „Dame“, eine der mondänsten Zeitschriften des Dritten Reiches, bringt in ihrer neuesten Nummer ein Bild: Helga, die älteste Tochter des Propagandaministers Dr. Goebbels, wird von Prof. Michailow gemalt. Das etwa siebenjährige Prinzeßchen trägt nicht etwa die Kluft des „Bundes deutscher Mädchen“ — o nein, sie ist in ein langes pompöses Seidenkleid gehüllt, genau wie früher die Töchter der Majestäten. Auf der danebenstehenden Leinwand sieht man sie, stark geschmeichelt, zum zweiten Male, und der bärartige Professor steht, von seiner Nichtigkeit durchdrungen, bescheiden beiseite. Auf diese Weise tragen die Spitzen des Reiches dem Rufe nach „neuer deutscher Schlichtheit“ Rechnung.

Die Idee

In der Nazi-propagandaschwarte »Das Ende einer Parole« von Hermann Okraf, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, lesen wir:

»Verwundete stöhnen, Blut fließt... dem Hünen legt ein Tischbein die Zähne in die Gurgel. Furchbar wüten zehn, zwanzig Stuhlbeine im Gleichakt zwischen die Kolonnen der Kommune. Gegen diese Waffe — bewährte Saalschlachtaktik übrigens — hilft kein Widerstand... Letzter Sieger wird immer die bessere Idee sein.«

Die »bessere Idee« des besseren Stuhlbeins. Fast könnte man meinen, daß sich die Rowdys über sich selbst lustig machen!

Im Banne des Soldatentums

Ein Hymnus auf die deutsche Misere

Der deutsche Militärschriftsteller Major a. D. Dr. Kurt Hesse, Lehrer für Kriegsgeschichte an den Waffenschulen des Reichsheeres und Privatdozent an der Universität Berlin, hat seinem letzten Werk, einem »Umriss der Geschichte des preußisch-deutschen Heeres seit 1653« den bezeichnenden Titel »Im Banne des Soldatentums« gegeben. Der Reichswehrminister Blomberg hat diesem Buch ein Geleitwort vorausgeschickt, das man sehr vielseitig deuten kann, Major Hesse aber verfolgt einen Gedanken, der sehr deutlich ausgesprochen wird: »Der Soldat ist der natürliche Mittelpunkt des Staates«. Er zeigt auf, wie er das in Deutschland immer war und sagt bereits in seinem Vorwort: »Es wird zu zeigen sein, wie sich durch die preußisch-deutsche Geschichte letzter drei Jahrhunderte ein roter Faden hindurchzieht, der soldatische Geist«.

Franz Mehring hat in der preußisch-deutschen Geschichte auch einen »roten Faden« gesehen. In einer Arbeit: »Der rote Faden in der preußischen Geschichte« schrieb er unter anderem: »Politisch hat es die deutsche Bourgeoisie nicht verwunden, daß sie sich nicht selbst emanzipiert hat, sondern durch ausländische Hilfe emanzipiert worden ist. Deshalb ist der deutsche Bürgermann auch nie ein Freier geworden, sondern immer nur ein Freigelassener, dem die zerbrochene Kette bei jedem Schritt mit verräterischem Klirren nachschleift. Anders die französische Bourgeoisie, die sich zwar auch — wie es im Wesen aller Bourgeoisie liegt — die Kastanien von anderen Leuten aus dem Feuer holen ließ, aber sie wenigstens selbst verzehrte, mit gesegnetem Appetit das feudale Eigentum vertilgte und damit die Wurzeln der feudalen Gesellschaft ausrötierte«.

Mehring sieht also einen anderen roten Faden als Hesse. Dennoch ist es, genauer betrachtet, derselbe. Denn die Größe des deutschen Soldatentums ist nur die andere Seite dieser von Mehring aufgezeigten deutschen Misere. Hesse hat als Soldat alle Veranlassung, dieser Misere einen Hymnus zu widmen, das deutsche Bürgertum freilich würde einen Hymnus auf seine Halbheiten, seine klassenbedingte Feigheit, also auf seine eigene Jämmerlichkeit singen müssen. O ja, sie sind »im Banne des Soldatentums«. Sie waren es gestern, sie sind es heute und werden es morgen sein. Haben sie es anders verdient?

Der rote Faden der preußischen Geschichte hat den bürgerlichen Freiheiten die Kehle abgeschnürt. Verspätet trat das deutsche Bürgertum in die Geschichte. Von der Konkurrenz anderer Staaten bedroht, einem starken Junkertum gegenübergestellt, die junge Arbeiterschaft fürchtend, setzte es seine Interessen auf seine Weise und nur sehr allmählich durch. Die Kühnheit der französischen Revolution kannte die deutsche Bourgeoisie nicht, nichts vollbrachte sie aus eigener Kraft, so glaubten Marx und Engels, die bürgerliche Revolution Deutschlands könne nur das Resultat der proletarischen Aktion sein. Alle verspäteten bürgerlichen Umwälzungen zeitigen ähnliche Erscheinungen wie in Preußen-Deutschland, außerbürgerliche Kräfte standen an der Spitze der Erneuerung, die bürgerliche Umwälzung vollzog sich reformistisch und ohne revolutionäres Bürgertum.

Freilich, die Militärgewalt nahm in der frühkapitalistischen Epoche auch in anderen Ländern eine überragende Stellung ein, aber nicht überall wurde sie zum System, zum Militarismus. Das Bürgertum gewöhnte sich allmählich daran, denn aus welchem Grunde soll die einzig »normale Interessenvertretung« allein in der gründlichen und so gefährlichen Revolution liegen? Es führen viele Wege nach Rom. Jedenfalls war die ständige Vorherrschaft des Militarismus eine Kraft, die dem Aufkommen bürgerlich-revolutionärer Gewinnung ebenso entgegenwirkte, wie sie andererseits die Folge mangelhaft demokratisch-revolutionärer Ideologie und Aktion war. Die Misere des deutschen Bürgertums, das ist der Triumph des deutschen Soldaten. Das ist der rote Faden in der preußisch-deutschen Geschichte. Hesse hat Recht und Mehring hat Recht. Der eine vom soldatischen, der andere vom zivilen Standpunkt.

Sehr anschaulich zeigt Hesse, wie sich das Soldatenwesen im Laufe der Jahrhun-

derte allmählich zivilisierte. Mit Liebe spricht er insbesondere von den Reformen nach Jena. Der Weltkrieg schließlich hat jede gesellschaftliche Funktion militarisiert und dadurch umgekehrt das militärische Leben zivilisiert. Volk und Armee verwachsen zur Einheit. Hesse sagt es nicht, aber es steht dennoch in seiner Geschichte des preußischen Heeres, daß sich die deutsche Misere, welche die Grundlage der Vorherrschaft des Soldaten war, nunmehr gegen das Soldatentum selbst richtete. Die soziale Struktur Deutschlands schwächte die Wehrkraft, Streiks setzten ein, der seelische Rohstoff ging aus, die Gegensätze werden immer schärfer, der soziale Frieden war

kampf denn auch die führende Stellung. Aber Hesse nennt die reaktionären Mächte der Gegenwart nicht, die — wie damals — den Modernisierungsbestrebungen im Wege stehen, er kann die Ursachen des Sturzes Schleichers nicht klarlegen, denn er scheint zu jener Gruppe um Blomberg zu gehören, die den Führer in das Soldatentum der Reichswehr hineinführen und von den anderen Bundesgenossen, wenn auch unter Konzessionen, loslösen will. Aber er deutet es immer wieder an, daß die totale Mobilmachung als Aufgabe vor Deutschland steht und läßt klar durchblicken, daß das nach ihm Notwendige noch nicht geschieht.

sten aller Länder sich, der Welt zu demonstrieren, daß Versprechen und Halten zwei durchaus verschiedene Dinge sind.

Der Unterschied zwischen einem Hochstapler und einem Finanzminister besteht in der Hauptsache darin, daß dem letzteren vom Gericht der gute Glaube für die von ihm eingegangenen Schulden zugesprochen wird. Außerhalb ihrer Seelentiefen, im Tatsächlichen, benehmen sie sich durchaus gleichartig. Der Hochstapler meist anständiger. Er zahlt seine Schulden nicht. Der Finanzminister beschließt feierlich, daß er nicht zu zahlen braucht.

Ein Tuchlieferant, der dreißig Meter Stoff zu liefern hat und nur drei Meter liefern wollte mit der Begründung, von gestern ab habe es ihm gefallen, den Dezimeter in »Meter« umzutauften, wanderte in eine feste Bewahranstalt. Der Finanzminister nennt so was Devaluation und dann ist es rechtens.

Er kann es auch anders machen: Du hast ihm deinen Obstgarten vermietet. Die Bäume kriegst du wieder, — jetzt natürlich nicht, später einmal, wenn sie vielleicht eingegangen sind, — nur die Äpfel behält er einstweilen. Zinsmoratorium nennt man das.

Oder er macht es noch anders: Er hält dir einen knackenden Revolver so lange vors Gesicht, bis du freiwillig, — versteht sich, ganz und gar freiwillig — auf einen Teil deiner Forderung, Kapital oder Zinsen, verzichtest. Der Hochstapler täte das nicht. Denn er weiß sehr genau, daß hier das leichtere Delikt des Betrugers in das schwerere der räuberischen Erpressung übergeht. So was darf eben nur ein Wirtschaftsdiktator tun, ein Hochstapler läßt die Finger davon.

Aber, bitte, keine moralische Entrüstung. Inflation, Devaluation, Moratorium, Zinsenkung — all das sind nur Paraphrasen des Grundmotivs: Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. In irgend einer Form muß man doch Pleite machen, nicht wahr?

Man muß nicht Pleite machen, — was hör ich! Veraltete liberalistische Ansicht! Wirtschaftsführer früherer Zeiten mochten sich ihre Köpfe zerbrechen, wie sie ihre Gläubiger bezahlten. Das moderne Finanzgenie zeigt sich in der Erfindung immer neuer Methoden, die Gläubiger zu prellen. Immer neuer, — denn zweimal geht keiner auf den gleichen Leim. Aber man gebe dem Leim nur eine andere Färbung, — sofort sitzen die Vögel darauf!

Einige Leutchen, siebenmal betrogene Sparer und dergleichen leicht rupfbares Federvieh, sind mit der Zeit mißtrauisch geworden. Es hat sich allmählich herumgesprochen, daß trotz hochtönender Versprechungen der Staat seinen Verpflichtungen nicht immer ganz nachkomme. Doch an die Liebe, alte, solide Sparkasse, an die glauben sie. Machen einen großen Bogen um die Staatsanleihe und tragen ihre sauerersparten Körnlein auf die Sparkasse. Fragt nur, ihr guten Vögelchen! Wenn genug Körnlein auf der Sparkasse zusammengefloßen, fährt der Wagen des Finanzdiktators vor und läßt die prallen Säcke auf. Ihr schlaft derweil und merkt das gar nicht.

Ihr haltet eure prächtig gedruckten Scheine in Händen mit den beschworenen und garantierten Klauseln darauf. Was so kalligraphisch schön, mit so viel Unterschriften verbrüht und besiegelt ist, das muß doch gelten!

Merkt Euch: Seit zwanzig Jahren gilt im Obligationenrecht der bürgerlichen Welt ein einziger Satz: Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.

Es würde doch etwas da sein? Der Wirtschaftsdiktator . . . Keine Sorge, der tut nur eines: Er schafft das Geld heran. Dafür, daß am Schlusse nichts mehr da ist, sorgen die Herren Mitdiktatoren. Ganz recht: Im zivilen Leben nennt man die Menschen, die davon leben, daß sie dauernd Geld borgen und es unproduktiv vergeuden, Hochstapler. Wir sagten es schon, das ist die anständigere Sorte, Selten stiftet einer von denen mal über hunderttausend Mark Schaden. Erst in der erhabenen Höhe der Milliarden schlägt die Quantität um, wird der lausige Betrug zur erhabenen Staatsaktion. Einer der Fünftausend pumpt und seine Schlösser im Monde zum Pfande gibt, ist ein Lämpchen. Aber pumpe fünf Milliarden, die du von den Uberschüssen der nächsten Jahre abzudecken versprichst, die nicht da sind, und — die An-

Diplomatisches Experiment



Wird er nun die Torte fressen oder den Mann?

gefährdet. Die Armee konnte nicht mehr wie früher ein so abgesondertes Leben führen, daß die Soldaten aus Kadavergehorsam auch auf Vater und Mutter schließen; diese Ideologie wurde durch den Volkscharakter der Armee unhaltbar, und der Kadavergehorsam mußte schon aus Gründen der technisch bedingten rapiden Auflösung der geschlossenen Formation als eine Gefahr für die erfolgreiche Kriegsführung bewertet werden. Mehr denn je muß die Armee das Volk suchen. »Kriege sind für das Heerwesen, was Revolutionen für den Staat sind. Sie stellen die Frage, ob die vorhandenen Einrichtungen noch genügen, ob sie nicht der Aenderung bedürfen, und in den meisten Fällen sind sie die umstürzenden Elemente«. Immer wieder wird eine gewisse Gemeinsamkeit mit den Reformen nach Jena gesehen. »In stiller Pflichterfüllung arbeitete in den Jahren nach 1807 nicht anders als nach 1919 das Heer. Der Offizier, der Berufssoldat, nach Jena wenig angesehen, erwirbt sich wieder einen Namen. Er sucht den Weg zum Volk und hat im Freiheits-

Hesse kündigt das Zeitalter des Soldaten an, der am Ende der deutschen Revolution die beherrschende Gestalt sein wird. Aber er läßt keinen Zweifel, daß er nicht den SA-Soldaten, sondern den Reichswehrosoldaten meint, dessen Tugenden ausstrahlen sollen auf die gesamte Bevölkerung und der das Maß aller Dinge sein soll.

Deutschland im Banne des Soldatentums, wie Hesse es sich denkt, kann nicht das gegenwärtige Deutschland sein. In welcher Weise Hesse in sozialer Hinsicht wie die jungen Offiziere nach 1907 handeln will, muß der Leser selber folgern; er deutet es nur an.

Privatkolleg über Obligationenrecht

Vom ehemals stolzen Bau des bürgerlichen Obligationenrechtes ragt im Grunde nur noch eine Säule, nämlich der Satz: »Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.« — Seit etwa zwanzig Jahren bemühen die Kapital-

zweiflung deiner Lauterkeit wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft!

Pumpe Geld, kaufe dir ein Auto dafür, halte dir eine Mätresse, — Hochstapler! Aber: pumpe Geld, für das zehntausend braune Bonzen Auto fahren und ludern, — Finanzgenie!

Armer Sparer! Du bist das letztmal heringefallen. „Diesmal mach ich es schlauer“, denkst du. Aber der Racker von Wirtschafts-diktator macht es noch schlauer und erfindet — unter Garantie — eine funkelnagelneue Methode, auf die du doch hereinfällst. Und im Grunde: Dir geschieht recht! Du hast ja Augen im Kopf und so viel Gehirn, um zu wissen, daß zweimal zwei vier ist. Du siehst doch, was aus deinem Geld entsteht: Flugzeuge, Granaten, Geschütze, Kasernen, Soldaten, als Arbeitsdienst verkleidete Halbhelden, SA, SS, wichtiguerische Müßiggänger in tausend überflüssigen Posten. Du hast wirklich Grips genug, um zu wissen, daß so angewendetes Kapital vernichtet und verloren ist. Aber dir beliebt es, an Wunderchen zu glauben, die der Fliegenschmuck oder sein Oberstehkragen gegen das Einmaleins zuwege bringen würden. Essig! Sie können nicht aus Minus ein Plus hexen. Und so lang du daran glaubst, wird der Refrain für dich, deine Forderungen, deine Sparpfennige immerdar lauten: „Wo nichts mehr ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.“ Mucki.

Pranger

Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Neumarkt in Schlesien:

„Ein Mann, der als Trinker bekannt ist, und wieder einmal seinen Wochenlohn in Schnaps umgesetzt hatte, wurde unter Vorantritt eines Spielmannszuges von zwei Polizeibeamten durch die Hauptstraßen geführt. Auf Brust und Rücken trug er Schilder mit der Aufschrift: „Ich, A. Br., habe meinen Lohn versoffen und dadurch Frau und sieben Kinder um ihr Brot gebracht!“

Dieser Fall ist nicht der erste. Die mittelalterliche Prangerstrafe wurde im Dritten Reich schon vor geraumer Weile neu in Kraft gesetzt. Wenn die Nationalsozialisten das halten wollten, was sie in unzähligen Propagandaversammlungen vor dem 5. März 1933 versprochen haben, so dürften sie keine armen Teufel an den Pranger stellen — sie müßten vielmehr die „feinen Leute“, die Generaldirektoren und Kommerzienräte, die Stahlkönige, die Bank- und Börsenfürsten aus den Villen holen, in denen sie ihre zahlreichen Faschingeräusche ausschlafen, und müßten ihnen Schilder umhängen, auf denen zu lesen stünde, daß sie nicht ihren, sondern den Lohn ihrer Arbeiter und Volksgenossen „versoffen“ haben. Daran denken sie nicht. Wenn sie's aber läsen — den Lärm und das Geschrei rings um den kapitalistischen Erdball möchten wir hören!

Filmbilanz

»Alles in allem genommen, sind es nicht mehr als ein knappes halbes Dutzend Filme, zu denen man, aus diesem oder jenem Vorbehalt, ja sagen kann... Wir haben früher bei schlechten Filmen gepfiffen — heute sind viele von uns still.«

Aus der Nazizeitchrift »Wille und Macht«.

Krad um Widukind

Der Kirchenstreit im Theater

Der Kradel um die Hagener Wittekind-Aufführung ebot in der hitlerdeutschen Presse weiter. Katholische Blätter wagen sogar, ein Verbot des Germanendramas zu fordern. Um was geht es dabei?

Der Verfasser Edmund Kis ist ein völkischer Regierungsrat, und so sieht sein Trauerspiel auch aus. Im Mittelpunkt steht der Kampf des Sachsenherzogs gegen das Vordringen des Christentums, die Toten liegen nur so zwischen den Kulissen umher, Karl der Große ist ein von Rom bestochener Strolch, jeder Christ ist ein Verräter, jeder Priester eine Kanaille und jeder heidnische Sachse ein Ehrenmann — wie Hitler sagen würde. Dabei fallen maridige Worte, wie:

Immer sehe ich hinter den streitenden Deutschen den Priesterrock! Habt ihr doch nicht Ruhe, bis ganz Deutschland zur Ehre des landfremden Mannes, den ihr Gott nennt, im Blute schwimmt.«

Dieser landfremde Gott ist Christus, dem mehrfach elende Verjudung vorgeworfen wird und der nicht mal von seiner Sippe weiß. Wittekind's Freund donnert:

»... hinaus mit den Mördern der deutschen Seele! Wir können keinen Erlöser brauchen, der jammert, statt zu schweigen, wie es ein Held tut. Wir Deutschen erlösen uns selbst, und was wir Unedle tun und denken, das tragen wir als Männer. Kein Gott und kein Mensch kann es uns verzeihen, wenn es geschehen

ist.... So ist Allvater. So wollen auch wir sein.«

Neben dem unfreiwilligen kommt auch der freiwillige Humor zu seinem Recht. So wenn Wittekind nicht gerade durch die Blume erklärt, der Heilige Vater könne ihm — — — Das Wotanspublikum und die deutschen Christen zollen diesem fabelhaften Witz frenetischen Beifall, wie das Kölner Katholikenblatt bitter bemerkt. Das Unbekümmerteste aber an Geschichtsfälschung ist jene Stelle, in der Wittekind seinen Uebertritt zur Kirche erklärt, »um 60.000 Sachsenfrauen und Mädchen zu retten«, die in Karls Sammellager entführt und dort von Minderrassen — »Juden, Griechen, Italienern und Mohren« geschändet werden sollen, damit ihr Blut verderbe. Der Mann hat Streichern mit Erfolg gelesen und ohne KZ. kann sich der richtige Nazidichter auch die Germanzeit nicht denken!

Aber die Rache läßt nicht auf sich warten, der Hauptschuldige, der Vertreter der Kirche, wird erdolcht. Von Helge, Wittekind's Geliebte. Den Dolch hält sie schelmisch lächelnd unter Maiglöckchen verborgen — die Kersch, die dem Formis kokettierend nahe, kann sich also schon auf dichterische Vorbilder des Dritten Reiches stützen.

Das Stück wurde von einem Teile des Publikums ausgepfiffen, vom anderen Teile mit Beifall belohnt, es gab den ersten richtigen Theaterkrach und man schimpfte einander Römlinge, Religionshändler, Geschichtsfälscher etc. Ein herrliches Bild der Volksgemeinschaft — nach zwei Jahren »totaler Staatsführung«. Die Kölnische Volkszeitung

Der große Klingelbeutel

Wie ein Franzose ihn erlebte

Ein französischer Staatsangehöriger, der sich auf der Durchreise zwei Tage in einer sächsischen Stadt aufhielt, stellt uns die folgenden Aufzeichnungen zur Verfügung:

„Ich habe wenig Zeit und Gelegenheit gehabt, das tägliche Leben in meiner Umgebung genauer zu studieren, weil ich von der Reise noch ermüdet war und weil geschäftliche Zusammenkünfte mich ablenkten. Eines aber ist mir besonders aufgefallen: die geschickte Art, in der tagtäglich von der Obrigkeit indirekte Steuern kassiert werden.

Gleich der erste Tag war ein Eintopfsonntag. Man nahm uns im Restaurant fünfzig Pfennige ab, für die wir nichts erhalten hatten, und drückte uns als Entgelt eine pompöse Winterhilfe-Quittung in die Hand, die den Reichsadler trug. Als wir nach dem Essen mit der Straßenbahn ins Freie fuhren, fragte der Schaffner jeden Fahrgast: „Zwei Pfennige Winterhilfe?“ und fragte es in einem Ton, der eine verneinende Antwort von vornherein ausschloß. Für diesen Sonderzuschlag gab es dann wieder eine Bestätigung: „2 Rpf. gab ich für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes“. Ich sah eine Kleinbürgerfamilie im Wagen — die Eltern und drei größere Kinder —, die auf diese Weise zehn Pfennige hergeben mußte. Die Kleidung der Leute war so ärmlich, daß ich den Eindruck nicht los wurde, sie hätten den „Groschen“ lieber anders angelegt. Das Gesicht des Mannes wurde beim Zahlen nicht freundlicher, aber er sagte nichts.

Am gleichen Tage hatte ich auf dem Telegraphenamts zu tun und kaufte bei dieser Gelegenheit Briefmarken. Achtzehn Pfennige hatte ich zu zahlen, der Schalterbeamte sagte lakonisch: „Die restlichen zwei Pfennige stiften sie wohl für die Winterhilfe?“ und ließ, ehe ich auch nur antworten konnte, das Kupferstück schon in einer eigens dafür aufgestellten, schwarzweißbroten, hakenkreuzgezielten Büchse verschwinden. Welcher Bürger des Dritten Reiches würde es in einem solchen Augenblick wagen, das ihm zustehende Geld zurückzufordern? Aufschlag auf das Mittagessen, Aufschlag auf das Straßenbahnfahrtgeld, Aufschlag sogar auf das Briefporto — das waren die Abgaben eines einzigen Tages. Bei alledem erfuhr ich später noch, daß man am Eintopfsonntag ziemlich unbelästigt davonkommt, weil Sammlungen anderer Art auf der Straße oder im Haus an diesem Tage verboten sind.

Die größte Ueberraschung harrte meiner aber am folgenden Montag. Ich hatte Elle und Lief, ohne auf die Verkehrsampel zu achten, rasch über einen verkehrsarmen Platz, auf dem mir von keiner Seite Gefahr drohte. Plötzlich stürzte aus einer verborgenen Ecke ein Schutzmann auf mich zu, packte mich am Arm, zückte sein Notizbuch und stellte nachlässig fest: „Sie haben eine Mark zu zahlen!“ Eine Mark? Ich muß ein sehr dummes Gesicht gemacht haben, denn er ließ sich zu

einer längeren Erklärung herbei. Es werde soeben eine Verkehrserziehungswoche abgehalten, ich habe mich einer Uebertrittung der Verkehrsregelung schuldig gemacht, indem ich trotz roten Lichtes über die Straße ging, und das werde mit einer Reichsmark Strafe geahndet. Ich zahlte, bekam wiederum eine Quittung und wurde von meinem Freunde geträstet, der mich erwartete und mir versicherte, solche „Erziehungswochen“ fänden alle vier Wochen statt, und jeder in seinem Bekanntenkreis sei schon mindestens einmal „hereingeflogen“.

Als wir um die nächste Straßenecke bogen, kam ein Bursche in Hitlerjugend-Uniform auf uns zu und bot künstliche Blumen an. Mein Begleiter steckte schwelgend ein Geldstück in die bereitgehaltene Büchse und befestigte den Schmuck in seinem Knopfloch. „Wieder Winterhilfe?“ fragte ich, schon gewitzigt. „Ja, es gibt jede Woche ein anderes Abzeichen, und solange mans nicht trägt, kann man sich vor Bettelei nicht retten. Uebrigens werden den Festbesoldeten die mildtätigen Spenden gleich zwangsweise vom Lohn oder Gehalt abgezogen.“

Ich bedauerte beinahe, daß ich schon mittags abfahren mußte, denn ich war neugierig darauf, welche Sonderausgaben man uns an jenem Tage weiter aus der Tasche holen würde. Während ich bei meinen Freunden zu Gast war, klingelte es immerhin noch zweimal an der Tür. Das erste Mal bot ein Reisender ein Buch in mehreren Lieferungen an, das die Entwicklung der nationalsozialistischen Partei schilderte und nicht billig war. Der Hausherr lehnte ab und bekam die himmelstürmische Frage vorgelegt: „Ach, sie haben wohl kein Interesse an der Sache? Sie sind wohl nicht dafür?“ Er kaufte dennoch nicht, denn er hat das Glück, Arier zu sein und ist als unpolitischer Mensch nicht weiter verdächtig. Ich bin aber fest überzeugt, daß zahlreiche Juden und zahlreiche unter Beobachtung stehende „Marxisten“ sich in einem solchen Falle einschüchtern lassen und das langweilige Werk bestellen, das dann in irgendeiner Ecke ungelesen verstaubt. Vor allem die Bücher des Eher-Verlages, dessen Einnahmen der Partei zufließen, werden auf diese Weise unter die Leute gebracht, wie mir mein Gastgeber erzählte.

Es klingelte zum zweitenmal. Der Postbote. Unter den Briefen fand sich ein hektographiertes Schreiben der örtlichen Parteiliste, das die „Pfundsammlung“ betraf. Pfundsammlung? Was ist denn das nun wieder? „Ja“, erklärte die Hausfrau, „wir müssen an bestimmten Tagen Lebensmittelvorräte bereit halten, die werden dann von den Sammlern der Partei abgeholt.“ — „Winterhilfe?“ — „Natürlich Winterhilfe!“ In dem Brief, der soeben eingetroffen war, beschwerte sich der beamtete Abend, es seien in der letzten Zeit zuviel Hülsenfrüchte gestiftet worden. Er müßte schon um die Abgabe „hochwertiger“ Nahrungsmittel bitten.

Ich bekam immer mehr den Eindruck, daß diese „Winterhilfe“ eine großartige Sache sei und daß den Bedürftigen aus einem so riesengroßen Topf sicher reichliche Portionen ausgeteilt würden. Aber eine Frau, die selbst unterstützt wurde und deren Vertrauen ich gewinnen konnte, versicherte mir, es sei „ein rechter Dreck“, den sie in diesem Jahr bekommen hätte. Ein paar Kohlen, ein paar verrottene Kartoffeln, fast gar kein Geld und einen dünnen Mantel, der speckig glänzte und der zu gar nichts zu gebrauchen sei.

„Ich hätte hören mögen“, überlegte mein Freund, „welch ein Gesetz entstanden wäre, wenn etwa die Weimarer Republik ein ähnliches Zwangsabgabensystem eingeführt hätte! Die Nationalsozialisten hätten bestimmt am lautesten über den „Saustall“ gewettert.“ Er hat sicher recht. Heut wettet natürlich niemand, denn überall lauern Spitzel, aber im Volke speichert sich viel Unzufriedenheit auf. Es wird überall leise — und manchmal schon lauter — geschimpft, geflüstert und geflücht.

Nieder mit der Kultur!

Im Einvernehmen mit dem rassepolitischen Amt der NSDAP hat Reichsminister Rust Richtlinien für die Zielsetzung des schulischen Unterrichts erlassen. Auszüge daraus erscheinen in den deutschen Zeitungen. U. a. liest man:

Die Weltgeschichte ist nach dem Erlaß des Reichserziehungsministers als Geschichte rassisch bestimmter Volkstümer darzustellen. Die auf den wissenschaftlichen Ergebnissen der Erblehre und Biologie aufgebauten rassische Geschichtsbetrachtung widerlegt Auffassungen, wie sie etwa in der liberalen Fortschrittslehre zum Ausdruck kommen. Aus dem Rassegedanken ist weiterhin die Ablehnung der Demokratie oder anderer Gleichheitsbestrebungen (Panuropa, Menschheitskultur) abzuleiten und der Sinn für den Führergedanken zu stärken.

Menschheitskultur? Pfui Teufel! Davon muß den Kindern ein gehöriger Abscheu beigebracht werden, damit sie später desto freudiger in den kulturvernichtenden Krieg ziehen. Uebrigens befiehlt der Erlaß weiter:

Was für die Geschichte gesagt ist, ist entsprechend für Deutsch, Kunstunterricht und auch Singen anzuwenden. Vornehmlich diese Fächer haben sich der Gestaltung germanisch-deutschen Wesens einzuordnen. Singen auf russischer Grundlage. Vorrang: »Wenn's Judenblut vom Messer spritzt...« Das hat mit Menschheitskultur bestimmt nichts zu tun, und Herr Rust wird zufrieden sein.

Unzweideutig

Reichsinnenminister Dr. Frick hat in einem neuen Erlaß alle staatlichen und kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeiter aufgefordert, den deutschen Gruß korrekt auszuführen und das »Heil Hitler« vernehmlich und unzweideutig auszusprechen.

widmete dem Krawall mehrere Nummern und schreibt:

Daß Hagen ausgerechnet in den Tagen, da die Saar zum deutschen Vaterlande heimkehrt, zu dieser Uraufführung griff und zu dem Werk sich in einer repräsentativen Festaufführung am 30. Januar öffentlich bekannte, tat der deutschen Sache keinen guten Dienst.

Und wo doch die katholische Kirche an der Saar die Parole für Hitler ausgegeben hat! Undank über Undank! Aber auch in der Nazipresse reißt das germanische Schauer-drama wilde Klüfte auf: hüben die völkischen Allvaterleute, drüben die Altchristen. Das Essener Naziblatt wendet sich von dem allzu offenen braunen Dichter ab und spricht zornig von »Gottlosenpropaganda mit veränderten Vorzeichen...« Denn das braune Blatt hat eine beträchtliche Zahl gläubiger Katholiken unter seinen Lesern.

In Wirklichkeit geht's jedoch gar nicht um ein paar saftige Dialogblüten, sondern der Kirchenkrieg des Dritten Reiches ist einfach auf die Bühne geraten, und das Hagener Stadttheater samt dem Stückeschreiber kann sich auf verschiedene Oberbänken berufen. Das Kis'sche Schauerstück bedeutet nichts, als eine sammelsurige Widerspiegelung offiziöser hakenkreuzlerischer Geschichtsverballhornung und Religionsvermanscherel. Der biblische Christus wird als undeutsch und verjudet von den nationalsozialistischen Wotansleuten bis zu den Deutschen Christen abgelehnt, und deren Müller ist noch immer Reichsbischof. Wozu also der Streit? Wäre die jüdische Rasse so verderblich, wie Hitler

fabelt, dann hätte Kis mit seinem Zorn auf »die Nazarener« gar nicht so unrecht. Die Kirche hat mithin ihre Beschwerde nicht gegen den oder jenen braunen Dilettanten, sondern gegen Hitler zu richten, der seit fünfzehn Jahren zu den Obersten dieser hirnrisigen Rassenhetze und dieser Art »Gottlosenpropaganda« gehört. Er wird, wenn es sein muß, Gott zum Zeugen anrufen, daß er es so nicht gewollt hat — aber sein verbübeter Regierungsrat Kis kann zur eigenen Entlastung auf all die braunen Paladine verweisen, die ihren Oberasaf auch so verstanden haben.

Gregor.

„Sinndeute“

Deutsche Ehe, von der Flamme umtanzt. Das Dritte Reich hat mancherlei Neuerungen gebracht. Nicht nur die Konzentrationslager und das Columbahaus, den Streicher als Respektsperson und den Göbbels als Pressediktator, sondern auch, vom Lohnabbau abgesehen, die „Neuheidnische Eheweihe“. Die ist so schön, daß sie der Mythosjäger Alfred Rosenberg selbst erfunden haben könnte. Sie ist, wie alles Nationalistisch-„Revolutionäre“, ein leicht komischer Exzess des Spielbürgers, eine Kreuzung zwischen Marlitt und Wotan gleichsam.

„Der neue Weg“, das Organ für artgemäße Eheweihen, berichtet ausführlich über das Ritual der neuen Gemeinschaft. Und ein Beispiel hat man auch gleich zur Hand, die „erhebende“ Eheweihe, die kürzlich die Leipziger Ortsgemeinde veranstaltete.

„Drei Tannenbäume“, so lesen wir, „bildeten

Winterhilfe — wie sie wirklich aussieht

Man schreibt uns aus Zwickau:
 Innerhalb des Wirtschaftsbezirkes Zwickau gab es bereits in der Zeit des Naziverhaftens »Systeme« für die Wintermonate verbilligte Kohlen für die Arbeitslosen und Invaliden. Diese Kohlen wurden ständig zu einem erheblich verbilligten Preise abgegeben. Im Herbst 1932 waren die Kohlen mit 10 Mark pro Karren (10 Zentner) veranschlagt. Damals machte die sozialdemokratische Fraktion einen neuen Vorstoß, um eine weitere Verbilligung zu erreichen. Und es gelang ihr auch, diese Arbeitslosenkohlen auf 8 Mark pro Karren herabzudrücken. Die Kommunisten allerdings brachten einen ihrer Reklameanträge ein, demzufolge die Kohlen umsonst abgegeben werden sollten. Auch den Nazis war aus agitatorischen Gründen die Ermäßigung noch zu niedrig. Nun kamen die Nazis am 30. Januar 1933 zur Macht und hatten im Herbst 1933 reichlich Gelegenheit, ihre Fürsorge den Armen gegenüber zu beweisen. Aber wie sah da die Praxis aus? Dieselbe Menge Steinkohlen, die in der Weimarer Republik dank der Tätigkeit der Sozialdemokraten nur 8 Mark kosteten, verteuerten die Nazi im Herbst 1933 auf 13,40 Mark!

Schon im ersten Regierungsjahr der Nazi mußten die Arbeitslosen und Invaliden 5,40 Mark mehr bezahlen.

Doch in diesem Jahre haben sich die Nazis noch Tollereres geleistet. Die Verbilligung dieser Kohlen ist gänzlich in Wegfall gekommen. Auf den Kohlenscheinen, die an die Arbeitslosen und Invaliden ausgegeben wurden, steht in schlichter deutscher Sprache geschrieben:

Das Wohlfahrtsamt kann den Hilfsbedürftigen dieses Jahr Kohlen zu einem verbilligten Preis nicht abgeben.

Der neue Preis beträgt für einen Karren frei Haus Würfel I 16,50 Mark.

Die Kohlen sind also gegenüber denen des Weimarer »Systems« gerade um über 100 Prozent teurer geworden und kosten damit den im Handel üblichen Preis. Darüber hinaus aber wird noch wie folgt verfahren:

Hilfsbedürftige, die diese Kohlen nicht nehmen wollen, weil sie ja keine Hilfe für die Notleidenden darstellen, wird gedroht, daß sie keine Kohlen aus dem Winterhilfswerk erhalten, und daß für sie überhaupt Zuweisungen aus dem Winterhilfswerk in Frage stehen, wenn diese Kohlen nicht abgenommen werden. Wer jedoch 2 Karren dieser Kohlen nimmt, erhält einen Gutschein über 1 Zentner Kohle aus dem Winterhilfswerk. Wer dagegen nur 1 Karren oder gar keine nimmt, bekommt keinen Gutschein.

Ebenso erhalten solche, die zwar zwei Karren nehmen, sich diese aber selbst auf dem Schachte holen wollen, um die Fuhrkosten zu ersparen, keine Winterhilfsgutscheine über 1 Zentner Steinkohle.

Also zusammenfassend:
 Während im Jahre 1932 die Hilfsbedürftigen für einen Karren Kohle 8 Mark, für zwei Karren 16 Mark in Wochenraten von 1 Mark zahlten, müssen sie jetzt, im Herbst 1934 für die gleichen Mengen, 16,50 bzw. 33 Mark in wöchentlichen Raten von 1 Mark bezahlen.

Früher waren sie in 16 Wochen mit der Bezahlung fertig, doch unter Hitlers Regim brauchen die Hilfsbedürftigen 33 Wochen dazu. Und wer sich weigert, wer etwa gar sich erlaubt, die 100prozentige Verteuerung der Winterfeuerungsmitel der Aermsten und Hilfsbedürftigen öffentlich anzuprangern, der wird sofort abgeführt und kommt wegen Volksaufwiegelung hinter die schwedischen Gardinen!

So etwas ist heute Hunderttausenden in Deutschland eine blutig ernste Angelegenheit. Das »symbolische Mahl« jedoch — Wasser und Brot — scheint uns das Symbol des Dritten Reichs schlechthin und das Schicksal der Millionen Opfer des braunen Katastrophenregimes zu sein. Pierre.

Der Singkreis der Ortsgemeinde tut sein Bestes, um die Feierlichkeit zu erhöhen, indem er das Lied »Wach auf, meines Herzens Schöne«, anstimmt. Dann erklingt das Flammenlied:

„Göttlich! Unbegreiflich!
 Du, der Stern und Sonnen Blut,
 Weltenherzens ew'ge Glut,
 Bist uns Schild und Fahne!
 Lichtgestalt, Du, zeitenlos,
 Mach den Sinn uns frei und groß,
 Würdig Deiner Klarheit!“

Darauf hält der „Ortsgemeindevorsteher“ Kamerad Flurschütz die Wehrede. Der deutsche Eigenglauben sei endlich erwacht, so erklärt er, und diese deutsche Ehe, die heute „von der Flamme singend umtanzt“ werde, sei ein Wurf über sich selbst hinaus...

Nach diesem Schlußsatz entsteht eine kleine Pause des Schweigens, worauf, so heißt es wörtlich, „der Bräutigam der Braut ihren Mädchenschmuck nimmt“.

So, vor allem flammenumloderten Volk, ist das gewiß Geschmackssache!

Dann folgt, nach einem neuen Chorgesang der jetzt sichtlich animierten Brautführerinnen, das erste „symbolische Mahl“, Brot und Wasser, wozu Kamerad Flurschütz dem glücklich gewählten Paar noch einen „Kernspruch“ als „eheliches Weggeleit“ mitgibt.

»Einfältigkeit und Beschränktheit... unfassbar groß«

In Dresden gab es einen Stadtschulrat Dr. Hartnacke — heute ist er nach anfänglichem Stolpern auf der Treppe zur erstrebten Macht sächsischer Volksbildungsminister. Diese Würde hat er sich verdient als Tambour der Schulreaktion. Er war bekannt und berüchtigt wegen der unbelehrbaren Hartnäckigkeit — nomen est omen —, mit der er sein Auge, gelastet und mit leichtem Anflug von Basedow, auf die von ihm erfundene und varfochtene These gerichtet hielt, die These nämlich, daß die Kinder begüterter Eltern von Geburten begabter seien als die Kinder minderbemittelter oder gar proletarischer Eltern. Das suchte er zu beweisen unter Verwendung von Prüfungsergebnissen, soweit sie ihm gelegen kamen, wobei es ihn nicht störte, daß es sich dabei oft um Prüfungsfragen gehandelt hatte, deren flüssige und lückenlose Beantwortung auch mancher mit allen Weihen der höheren Schulbildung ausgestatteter »Gebildeter« schuldig geblieben wäre. Aber selbst wenn ein Begabungsvorsprung bei den Kindern begüterter Eltern wirklich nachweisbar wäre, hätte diesen Stadtschulrat auch die Erwägung nicht irre gemacht, daß ein solcher Vorsprung doch wieder nur das Ergebnis eines Bildungsprivilegs, einer jahrhundertlang betriebenen Bevorzugung eben dieser Kinder bei der Verteilung der Bildungsgüter im Klassenstaate sein könne — eine Ungerechtigkeit, die man dann eben schleunigst beseitigen müsse! Wenn wirklich die Kinder begüterter Eltern dank des durch Generationen hindurch geübten Schuldrills mit einer höheren Lernbegabung in die höhere Schule eintreten, so galt das für Dr. Hartnacke als ein unumstößliches Naturgesetz, aus dem nur zu folgern sei, daß es weiter so bleiben müsse und aus dem er den Anspruch der begüterten Klasse auf das Bildungsprivileg auch für alle Zukunft herleitete. Für ihn handelte es sich um die These, um das Postulat seiner reaktionären Gesinnung. Was zu ihr paßte, trug er mit pedantischem Eifer zusammen. Was ihr widersprach, ignorierte er mit sturer Beharr-

lichkeit. Und von dieser These aus führte er überall, im Stadtparlament, im Schulausschuß, in philologischen Zirkeln, in Büchern, Broschüren und Zeitungsartikeln seinen hartnäckigen Kampf gegen alles, was mit den Bestrebungen modern gesinnter Schulreformer zusammenhing. Er kämpfte gegen die Hochschulbildung der Volksschullehrer, gegen die Versuchsschulen, gegen die Begabtenklassen und Hilfsklassen der Volksschulen, gegen den Aufstieg der unteren Volksschichten auf ein höheres Bildungsniveau überhaupt. Als schon lange vor 1933 die Nationalsozialisten die unter sozialdemokratischer Mitarbeit ausgebaute Dresdner Volkshochschule zu sprengen trachteten, stand wiederum Dr. Hartnacke, getarnt dirigierend, im Hintergrund.

Nun ist Dr. Hartnacke sächsischer Volksbildungsminister. Nun hat er die Zügel in der Hand. Alles, was auf dem Gebiete der Schulreform erreicht worden war, das haben die braunen Erneuerer bis auf den Grund beseitigt, abgebaut, zerstört. Es ist alles wieder wie in der »guten alten Zeit«, in die zurück Dr. Hartnacke seine Knopfaugen immer gerichtet hielt. Die Volksschule ist in ihr früheres Aschenbrödeldein zurückgedrängt, die Versuchsschulen, Begabtenklassen, Hilfsschulen sind verschwunden. Die Volkshochschule ist zerschlagen. Die Volksschullehrerbildung, die in Sachsen der Hochschulbildung schon angegliedert war, ist wieder herabgedrückt zum Drill von Drillmeistern. Und die Hochschulbildung selbst ist für ein Semester ins Arbeitsdienstlager verlegt worden. Die Schulreaktion triumphiert. Der bayrische Kultusminister Schemm, ehemaliger Volksschullehrer, »alter Kämpfer«, Hitlers und Hartnackes eifriger Streitgefährte, hat auf einem Kongreß der ostpreussischen Lehrer das Bildungsideal der braunen Reaktion proklamiert: »Adolf Hitler ist der größte Erzieher aller Zeiten. Er ist die Synthese des Pädagogen Pestalozzi und des Philosophen Fichte.« Genau so werden sich die Beiden die Synthese ihres Wirkens vorgestellt haben! Und ganz in diesem Sinne singt die Hitlerjugend: »Wir sind die fröhliche Hitlerjugend. Wir brauchen keine christliche Tugend. Denn

unser Führer Adolf Hitler ist unser Erlöser, ist unser Mittler.«

Dr. Hartnacke könnte zufrieden sein. Ist er es? Nein — erstaunlicherweise nicht! Geht ihm vielleicht doch ein Licht auf über die Verheerung, die der braune Schulbetrieb anrichtet? Haben ihn die Klagen der noch nicht völlig verblendeten Schulmänner über die geistige Verrottung der Schuljugend, über die heillosen Folgen der »Ertüchtigung« der Jugend bei Nachfeldübungen stutzig gemacht? Hat er etwas gehört von den Sitten im »Bunde deutscher Mädchen«, den die männlichen Hitlerjugendkameraden vielsagend »Matratzensturm« und »Schlüpfergarde« nennen? Jedenfalls hat das sächsische Volksbildungsministerium vor einiger Zeit zum ersten Male sämtliche Oberprimaner vor dem Abiturientenexamen einer Vorprüfung nach einer neuen psychologischen Methode unterzogen. Und das Ergebnis dieser Prüfung war so erschreckend, daß der sächsische Volksbildungsminister Dr. Hartnacke dazu selber erklärt, daß es

»eine Fülle von Geistern selbst in den obersten Klassen der höheren Bildungsanstalten gibt, deren Einfältigkeit und Beschränktheit an diesem Orte schwerste Besorgnis erregt. Der Unterschied zwischen der besten Leistung und der geringsten Leistung erwies sich als geradezu unfassbar groß, und zwar überwogen die Minderleistungen.«

Der Herr Minister ist bestürzt? Ja, das ist verständlich. Denn diese notgedrungene Feststellung haut ihm ein mächtiges Loch in seine schönste Pauke. Und sie donnerte doch so forsch an der Spitze der Schulreaktion, an der Herr Dr. Hartnacke marschierte, die er zum Siege führen half. Und nun macht sie ganze Arbeit. Nun hat sie die Bildung, die er als Privileg der reichen Leute bewahrt wissen wollte, überhaupt verpönt und auf den Exerzierplatz gejagt. Dorthin, wo nach seinem leise revoltierenden Geständnis des Organs der Hitlerjugend, das unter dem Titel »Wille und Macht« erscheint, »die harmlosesten Unterführer sich erst dann wohlfühlen, wenn sie mit einer Reit- oder Hundepeltze in der Hand auftreten können.« Manfred.

Stimmung — noch schlechter!

Einem Bericht aus Baden entnehmen wir:

Die Stimmung gegenüber dem System ist bei allen Bevölkerungskreisen noch schlechter geworden als bisher. Es mehren sich die Zusammenstöße mit den ausgesprochenen Parteigängern Hitlers. Meistens spielen sie sich ohne wesentlichen politischen Hintergrund ab, so etwa in der Form von Wirtschaftsaufereien an den Sonntagen und insbesondere in den Wohnhäusern unter den einzelnen Bewohnern.

Die Versammlungen und Aufmärsche werden immer schlechter besucht. Insbesondere wirkt sich dies bei der bäuerlichen Bevölkerung aus.

Brücknerstraße wird Totenweg

Wie aus Glatz mitgeteilt, hat die Heimut-Brücknerstraße nach einer Zeit des namenlosen Interregnums jetzt ihren neuen Namen erhalten —: sie ist in Totenweg umgetauft worden.

Eine nette Symbolik! Ist es mit Heimut Brückner schon so weit?

Autarkistisches aus Hamburg

Immer wieder klagen die deutschen Hafenstädte, allen voran Hamburg und Bremen, daß ihnen die autarkistischen Phantasien des Nationalsozialismus das Lebenslicht auszulöschen drohen. Auf Export angewiesen, weltbürgerlich denkend, hat Hamburg nie etwas von Autarkie gehalten.

Und doch herrschen in dieser Stadt neuerdings Zunftvorstellungen, wie ein aufschlußreiches Gerichtsverfahren zeigt.

Ein Hamburger Geschäftsmann wurde bestraft, weil er ein junges Mädchen aus Mecklenburg als Haustochter für seinen Haushalt engagierte, und sich nicht an das Zugungsverbot hielt. Als die Behörden ihn darauf aufmerksam machten, daß dies gesetzwidrig sei, schickte er das Mädchen wieder zurück, bekam dann aber nicht viel später »Besuche«.

Und deshalb wurde er bestraft! Denn Hamburg ist in der Versorgung mit Arbeitskräften autark. Immer wie mans braucht!

Rassische Studien...

Insertat in der Zeitschrift »Der Photograph«, Berlin:

Achtung! Zu rassischen Studien werden folgende, nur scharfe Bilder gesucht. 1. Juden am Strand und beim Tanz. 2. Juden und Arier (Mischpaare und Mischlinge). 3. Farbige und Andersrassige mit arischen Mädchen und umgekehrt.

Hier sucht der Rasse-Günther oder ein sonstiger »Wissenschaftler« Material für Konjunkturliteratur.

»Die Kuniaks« (Büchergilde Gutenberg) gezeichnet. Das Martyrium des Grubenproleten, seine Not und sein Leiden untertags sind selten so packend, eindringlich und aus eigenem Erleben geschildert worden wie in diesem Roman.

Neue Romane

Kuniak ist ein westpreußischer Landarbeiter, der mit Familie ins Ruhrgebiet auswandert und seine Knochen den Grubenherren verkauft. Wie er und seine Vorfahren bereit waren, die junkerliche Weltordnung als etwas Gegebenes hinzunehmen, so würde er das neue Joch gern als etwas Unabänderliches tragen, wenn es nur für ihn und seine Familie etwas Raum zum Leben ließe. Aber je mehr er sich rackert, desto mehr kommt er herunter, und von dem Kampf ringum kapituliert er nur die elementarsten Schlagworte. Er erlebt Inflation, Ruhrbesetzung, Verhaftungen, Erschießungen und findet weder Sinn, noch Zusammenhang. Um seine Seele ringen Völkische und Sozialdemokraten, Separatisten und Anarchisten, Gewerkschaften und A.A.V. — er begriff die Gegensätze nicht recht. Er will ehrlich und rechtschaffen leben und kein Lumpenkerl sein, aber er gerät oft auf die Seite des Unsinn, weil er sich in den Widerstreit der Parolen nicht hineinfindet und immer dort steht, wohin ihn der Zufall des Augenblicks treibt. Dieses tragikomische Seelenbild des primitiven Indifferenten, der gegen sein Wollen in den Strudel stürmischer sozialer Auseinandersetzungen gerät, wird von Hans Marchwiza in seinem Roman

Der Kolumbusroman von Ibanez ist nicht sein stärkster, aber bestimmt eine lebendige Schilderung von Kolumbus' erster Fahrt gen Westen und in seinen übrigen Teilen eine Anklage gegen den Rassenwahn.

B. Br.

Totale Versklavung des Arbeiters

Illegale schreiben über Arbeitsrecht und Lohnpolitik

Am 23. Januar 1934 wurde im „Reichsgesetzblatt“ das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ verkündet. Dieses Gesetz führte den „Herrn-im-Haus-Standpunkt“, das „Führerprinzip“ im Betriebe ein. Hinter den Betriebsführer schart sich die folgsame, aber rechtlose Gefolgschaft. Es ist das Prinzip des preußischen Kasernenhofs, übertragen auf die Wirtschaft: Kompagniechef und ausgerichtete Muskoten.

Nach den Durchführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz mußten bis zum 1. Oktober 1934 die neuen Betriebsordnungen vom „Führer“ des Betriebes festgesetzt sein. Mit dieser für die Zukunft praktisch wirksamen Ausstrahlung des Gesetzes ist der Rahmen innerhalb dessen sich der Arbeiter bewegen kann, gezogen.

Wie sieht jetzt die arbeitsrechtliche Lage des deutschen Arbeiters aus? Das Ergebnis einer aufmerksamen Lektüre von etwa 250 solcher neuen Arbeitsordnungen zeitigte nachstehende Erkenntnisse.

Bei den Einzelheiten der Ordnungen ergeben sich etwa ein halbes Dutzend verschiedene nuancierter Normen, von denen Beispiele hierher gesetzt seien. So heißt es beispielsweise in der Betriebsordnung eines großen Werkes in H. . . im Abschnitt II über die Zusammenarbeit:

„Quertreibereien, Mißgunst und Nörgereien haben in der Betriebsgemeinschaft keinen Raum.“

Ueber die Einstellungen „entscheidet der Führer des Betriebes unter Mitteilung an den Vertrauensrat . . . Die Eignung wird durch ärztliche und psychotechnische Untersuchung festgestellt.“

Der Abschnitt V dieser Ordnung enthält die Verpflichtung: „Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, zeitweise auch andere Arbeiten zu verrichten, als diejenigen, für die er eingestellt worden ist.“ Gegen früher besteht nur der sehr erhebliche Unterschied, daß heute der Arbeiter ohne weiteres den niedrigeren Lohn einer schlechteren Arbeit bekommt, während früher der Arbeitgeber erst kündigen und die Kündigungszeit einhalten mußte, ehe er bei einer solchen Arbeitsversetzung einen minderen Lohn zahlen konnte. Ganz im Rahmen des nationalsozialistischen Totalitätsbegriffes liegt auch die Bestimmung, daß „Sammlungen der Genehmigung der Betriebsleitung bedürfen.“ Dieses Recht behält sich die Betriebsleitung vor, damit nicht eines Tages die Arbeiter aus solidarem Empfinden heraus einem verfolgten Proleten helfen könnten.

Wie es arbeitsrechtlich aussieht, besagt der Satz aus Abschnitt VII: „Bei Eintreten besonderer betrieblicher Verhältnisse kann die regelmäßige Arbeitszeit nur nach Rücksprache mit dem Vertrauensrat bis zu einer

Höchstdauer von 10 Stunden

täglich ausgedehnt werden.“ Die Formulierung sagt schon, daß es auf eine Zustimmung des Vertrauensrates gar nicht ankommt.

Ueber die Erfolge der von den Nazis angekündigten Beseitigung der Akkordarbeit unterrichtet folgender Satz: „Ein gerechter Akkord, bezw. eine gerechte Mengenprämie setzen zunächst eine zweckmäßige Gestaltung des Arbeitsplatzes voraus. Der Akkord baut sich dann auf der Grundlage einwandfreier Zeit- und Mengenmessungen auf. Es ist deshalb notwendig, alle Arbeiten, die in der Firma geleistet werden, seien es kaufmännische, verwaltungsmäßige oder technische und handwerksmäßige Arbeiten, zu messen . . .“

Offenherziger und deutlicher noch ist, die Betriebsordnung für sämtliche Betriebe einer anderen großen Firma, die am 5. September 1934 in Kraft trat: „Wer der Betriebsgemeinschaft angehört, muß

innerhalb und außerhalb der Betriebe nationalsozialistisch handeln.“

Auf gleicher Linie liegt die Verquickung der Zugehörigkeit zu einer Nazi-Organisation als Voraussetzung für die Zuerkennung eines Arbeitsplatzes. Hierüber sagt die Betriebsordnung, daß der neu einzustellende Arbeiter nicht nur sein Arbeitsbuch, Steuerkarte und Quittungskarte der Invaliden- oder Angestelltenversicherung abzugeben hat, sondern gleichzeitig wird von ihm verlangt, das Mitgliedsbuch der Deutschen Arbeitsfront vorzulegen und an Hand des Arbeitspasses nachzuweisen, daß er sein vorgeschriebenes Dienstjahr beim „Freiwilligen Arbeitsdienst“ abexerziert hat.

Die Uebertragung der Kasernenhofmethoden auf die Wirtschaft unterstreicht noch der erste Satz des § 2: „Die Arbeitszeit ist als Dienst aufzufassen.“

Sätze wie:

„Ueberstunden sind nicht gestattet. Ausnahmen hiervon bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Betriebsführers oder des stellvertr. Betriebsführers“

sind bittere Ironie. Was arbeitsrechtlich dahintersteckt, sagen folgende Worte: „Als Ueberstunden gilt nur die Arbeitszeit, die über eine 48stündige wöchentliche Arbeitszeit hinausgeht. Ueberstunden, welche in einer Woche erforderlich werden sollten, sollen möglichst in der folgenden Woche durch verkürzte Arbeitszeit ausgeglichen werden.“ Hier wird der Beweis erbracht, daß über Arbeitszeit und Bezahlung allein der Unternehmer mit demselben Absolutismus zu entscheiden hat, wie im Altertum der Sklavenbesitzer über seine Sklaven.

Die Ironie schimmert wieder durch, wenn dann Lohnzuschläge für Ueberstunden genannt werden, die zwar niedriger als früher sind, aber keine Bedeutung haben, weil sie nie bezahlt zu werden brauchen.

Von früheren Verpflichtungen, daß Kurzarbeit oder Betriebsbeschränkungen erst nach innegehaltenen Kündigungsfristen möglich sind, ist nichts mehr geblieben: „Änderungen der Arbeitszeit werden mindestens einen Tag vorher vom Betriebsführer oder den stellv. Betriebsführern oder den Filialleitern oder Leiterinnen bekanntgegeben. Die Einführung von Kurzarbeit bedarf der Fühlungnahme (!!) mit dem Vertrauensrat der betreffenden Betriebsstätte, jedoch behält die Entscheidung über die Einführung von Kurzarbeit der Betriebsführer oder dessen Stellvertreter . . .“

Tarifverträge hat es einmal gegeben.

Um die Arbeiter über ihre heutige Rechtslage hinwegzutäuschen, wird manchmal noch von ihnen gesprochen, dann aber immer in so unverbindlicher Form, daß eine bindende Verpflichtung zur Einhaltung der Tarifsätze für den Unternehmer nicht abgeleitet werden kann. So lautet der § 4 dieser Ordnung: „Die Sätze für Stücklohn und Akkordlohn werden für jede einzelne Arbeit mit dem betreffenden Arbeitnehmer schriftlich vereinbart. Die gesetzlichen Bestimmungen und Tarifverträge sind dabei zu berücksichtigen.“ Das Recht des Unternehmers, ohne Rücksicht auf Kündigungsfristen den Arbeiter in eine schlechter besoldete Arbeit zu stecken, ist natürlich auch in dieser Ordnung verankert: „Der Betriebsführer und seine Stellvertreter sind berechtigt, jedem Mitglied der Gefolgschaft andere Arbeit zu übertragen, als bei der Einstellung vorgesehen war. Die Bezahlung erfolgt nach dem hierfür in dem jeweils zuständigen Tarifvertrage vorgesehenen Bestimmungen.“

Die Verflüchtigung des Partei- und Staatsapparates mit dem Unternehmertum, die ständige Drohung mit dem Schlag auf den Magen, illustriert auch folgender Satz aus dem § 10:

„Als Grund zur fristlosen Entlassung gelten u. a.: . . . Ausschuß durch das Parteigericht aus der NSDAP, Ausschuß durch die zuständigen Dienststellen aus der SA, SS, NSBO oder der Deutschen Arbeitsfront.“

Lediglich der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß von einer durch die Nazi-propaganda seit Jahren angekündigten Beseitigung des Kontrollsystems keine Rede ist. Der entsprechende Satz dieser Ordnung sagt: „Jedes Mitglied der Gefolgschaft hat beim Betreten und Verlassen der Betriebsstätten die vorhandenen Kontrolleinrichtungen selbst zu benutzen.“

Die Betriebsordnung für die gewerblichen Betriebe einer Firma verdient wegen eines recht plumpen

Tricks in der Urlaubsfrage

besondere Beachtung. Diese Firma ist Deutschlands größte Konservenfabrik. Die Einleitungsformeln ihrer Betriebsordnung unterscheiden sich kaum von denen der übrigen Arbeitsordnungen. Doch im § 1 wird über das Arbeitsverhältnis gesagt: „Nach 260 Arbeitstagen geht das Verhältnis eines zur vorübergehenden Beschäftigung oder zur Aushilfe Eingestellten von selbst in ein ordentliches Arbeitsverhältnis über.“ Und nach der Erfüllung dieser 260 Arbeitstage verspricht diese Betriebsordnung dem Beschäftigten Urlaubszeiten, die wesentlich höher als die früheren sind. Also ist es an der Zeit, die sozialpolitischen Erfolge der Nazis zu preisen? Weit gefehlt! Der Kernpunkt ist, daß die Arbeit in der Konservenfabrik ein Saisongewerbe ist und daß in diesem Fach eine Jahresarbeitsleistung von 260 Tagen ganz einfach nicht erreicht wird! Die günstige Regelung der Urlaubsfrage ist also nichts an-

deres als ein zu nichts verpflichtendes Versprechen.

Welche Willkür auf dem Gebiete des Lohnes herrscht, belegt der Abschnitt 3: „Die Löhne richten sich nach den durch Tarifvertrag vereinbarten Lohnsätzen.“ Wie wenig das stimmt, zeigt die Tatsache, daß augenblicklich die immer noch geltenden

Lohnsätze aus dem alten Tarifvertrag um etwa 25 bis 35 Prozent unterschritten sind. Doch dieser Satz ist ja nur die unwesentliche Einleitung des Abschnittes 3. Der weitere Text ist offener und läßt die Beseitigung der Tarifverpflichtungen viel besser erkennen: „Für erhöhte Leistungen einzelner Betriebsangehöriger kann der Betriebsführer die Lohnsätze erhöhen. Von dauernd minderleistungsfähigen Gefolgschaftsmitgliedern können sie mit Zustimmung des Vertrauensrates entsprechend geregelt werden.“

Der Abschnitt 4 dieser Ordnung enthält nicht nur die Verpflichtung zur

Leistung von Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeit,

sondern nennt auch die dafür von der Firma zu leistenden Ueberstundenzuschläge. Diese bewegen sich mit 12 Prozent für Ueberstunden und 20 Prozent für Sonntags- und Feiertagsarbeit in der Zeit vom 1. Mai bis 1. November um etwa 50 bis 100 Prozent unter den früheren Ueberstundenzuschlägen. Allerdings wird für Sonn- und Feiertagsarbeit in der Zeit vom 2. November bis 30. April ein Zuschlag von 30 Prozent versprochen, denn in diesen Monaten gibt es in der Konservenindustrie keine Ueberstunden!

Auch diese Ordnung enthält natürlich die Verpflichtung zur Akkordarbeit. Der Abschnitt 6 besagt, daß zu spät geltend gemachte Forderungen bei falscher Lohnberechnung als verfallen gelten. Dieser Verfall tritt bereits am 2. der Lohnzahlung folgenden Arbeitstag ein. Mit dieser Bestimmung wird eine wesentlich günstiger lautende Regelung des Betriebsratsgesetzes beseitigt. Der Abschnitt 12 legt dann u. a. noch fest, daß im Falle ganzer oder teilweiser Betriebsstilllegungen keine Kündigungsfrist eingehalten zu werden braucht und Lohn nicht bezahlt wird.

Die Betriebsordnung einer weiteren Firma sagt, daß die Gefolgschaftsmitglieder „den Arbeitsfrieden im Betrieb zu pflegen und zu fördern“ haben.

Es sei nur noch hinzugefügt als Kuriosum, was die Firma unter „Grundsätzliches“ über die Art ihres Betriebes zu sagen hat: „Unser Betrieb stellt im wesentlichen getragene Kleidungsstücke und andere Textilien durch chemisches Reinigen oder Umfärben wieder her, die sonst nicht mehr oder nicht mehr lange verwendungsfähig geblieben wären. Wir tragen daher zur Erhaltung des Volksvermögens und zur Ersparnis von — meist ausländischen — Rohstoffen bei.“

Die Verwaltungen von zwei Betrieben der Montanindustrie leiten ihre Betriebsordnung mit den Worten ein: „Führer und Gefolgschaft verbinden sich zu einer NS-Betriebsgemeinschaft.“

In der Betriebsordnung der Deutschen Gasolin A. G. finden wir folgende Perlen: „Die Betriebsgemeinschaft ist eine Einheit, die sich auf dem Begriff der „Sozialen Ehre“ aufbaut.“ Weiter: „Unbegründetes Nörgeln an den Anordnungen des Betriebsführers, üble Nachrede . . . sind grobe Verstöße gegen die Betriebsgemeinschaft.“ Solche Verstöße werden mit dem Ausschuß aus der Betriebsgemeinschaft bestraft. Dagegen: „Diejenigen Angestellten und Arbeiter, die der Betriebsgemeinschaft gegenüber

getreulich ihre Pflicht getan

haben, dürfen der Fürsorge des Betriebsführers sicher sein.“ Rechte haben auch sie nicht, die getreuen Fürsorgezöglinge, aber der „Fürsorge des Betriebsleiters“ dürfen sie sicher sein . . .

Für Einstellungen bei dieser Firma gilt: „Die Mitgliedschaft in der Arbeitsfront ist aber auf jeden Fall nachzuweisen.“ Ueber die Geldbußen, die den Arbeitern bei Verletzung der „Sozialen Ehre“ abgezogen werden, wird bestimmt: „Die in Geld verhängten Bußen werden bei der Gehalts- und Lohnzahlung einbehalten und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zugeführt.“ Der Berliner sagt dazu: „Mumm durch Fez!“ Auf welche Weise diese Gemeinschaft sonst noch zu Geld kommen soll, sagt die Firma im Abschnitt 9: „Im Falle unbegründeten Fernbleibens vom „Dienst“ verwirkt ein Angestellter das Anrecht auf bis zur Hälfte eines Bruttomonatsgehalts, der Arbeiter einen Betrag bis zur Höhe eines Brutto-Wochenlohnes.“

Die Beispiele lassen eine Norm erkennen. Es gibt aber auch Variationen. So beginnt

eine andere Firma in H. . .: „Deutsches Leben ist Arbeit. Alle Arbeit für Deutschland.“ Auch hier der Satz: „Quertreibereien, Mißgunst und Nörgeln haben in der Betriebsgemeinschaft keinen Raum.“

Noch zwei Beispiele aus den Arbeitsordnungen von Kaufhäusern (denen die Nationalsozialisten immer die Vernichtung androhten), die sich damit dem Nationalsozialismus wie eine alte Dirne anbieten. Die „Epa“, Einheitspreis-Aktiengesellschaft, Berlin, schreibt: „Der Sinn unseres Lebens ist Arbeit am deutschen Volke, und zwar an dem Platz, an dem jeder gestellt ist. — Nichtnationalsozialistisches Verhalten, d. h. ehrloses und gemeinschaftsfeindliches Verhalten, wie z. B. Verleumdung und böswillige Verhetzung der Betriebsgemeinschaft, begründet selbsttätigen Ausschluß aus der Betriebsgemeinschaft.“ —

Die Betriebsordnung der „Defaka“, Deutsches Familienkaufhaus, G. m. b. H., Hannover, sagt: „Führung und Gefolgschaft verbinden sich im Betrieb zu einer nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft.“ Und am Schluß: „Aufgabe eines jeden Betriebsangehörigen muß sein, Auf- und Ausbauarbeiten im Sinne nationalsozialistischer Wirtschaftsgestaltung zu leisten. Deutsches Leben ist Arbeit. Alle Arbeit für Deutschland.“

Und aller Gewinn den Kapitalisten!

Volksentscheid

Alfred Rosenberg hat kürzlich versichert, Deutschland sei gegenwärtig „das freieste Land der Welt“. Viele Leute im In- und Ausland haben sich die Köpfe zergrübelt, was er wohl damit meinen könnte. Selbst Paradoxe pflegen doch irgendeinen Sinn zu haben, mag er auch noch so weise versteckt sein. Das freieste Land der Welt? Es gibt keine Presse, keine Rede-, keine Wahlfreiheit. Es gibt anstatt dessen Zeitungverbote, Konzentrationslager, Terror, Spitzelwesen, Denunziantentum und an jeder Ecke einen staatlich besoldeten Aufpasser. Das freieste Land der Welt? Was meint er?

Jetzt kommt aus Leipzig in Sachsen die befreiende Lösung des Rätsels. In diesem Orte, im Herzen von Mitteldeutschland gleichsam, wird in aller nächster Zeit eine freie Volksbefragung — jawohl, eine völlig straf- und unbefeuerte Volksbefragung veranstaltet werden. Die Leipziger Volksgenossen sollen über eine hochwichtige Frage ganz allein und ohne Bevormundung entscheiden — sollen darüber entscheiden, ob für die kommende Sommersaison die Straßenbahnwagen ihrer Stadt rot oder blau zu streichen seien!

Und nun soll noch einer behaupten, es gebe keine Freiheit im Dritten Reich!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Fra. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fra. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fra. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Saar-gebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fra. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengó 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakische Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.897. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.